

Interne Studie Nr. 163/1998

Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy

**Die DVU in den Landesparlamenten:
inkompetent, zerstritten,
politikunfähig**

**Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach
zehn Jahren**

Interne Studie
Nr. 163/1998

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Bereich Forschung und Beratung

Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy

**Die DVU in den Landesparlamenten:
inkompetent, zerstritten, politikunfähig**

**Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn
Jahren**

Schutzgebühr: DM 5,00

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an folgende Anschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Referat für Publikationen
Postfach 14 20
D-53732 Sankt Augustin

Internet: <http://www.kas.de>
E-Mail: zentrale@kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung
Herstellung: Druckerei Plump OHG, Rheinbreitbach
Umschlaggestaltung: Herbert Dörnemann, Neuss
© 1998, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Stiftung
Printed in Germany

ISBN 3-931575-77-2

Inhalt

| | |
|--|----|
| Zusammenfassung | 7 |
| 1 Einleitung | 9 |
| 2 Die Deutsche Volksunion (DVU) | 12 |
| 2.1 Gründung und Entwicklung der DVU | 12 |
| 2.2 Programmatik, Ideologie und Agitation | 15 |
| 2.3 Organisation, Führung und Finanzen | 18 |
| 3 Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft 1987 bis 1995 | 21 |
| 3.1 Personal | 21 |
| 3.2 Die DVU Bremen in der parlamentarischen Arbeit | 23 |
| 3.3 Finanzielle Unregelmäßigkeiten | 24 |
| 3.4 Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: Zerwürfnisse, Auflösungen und Neuformierungen | 27 |
| 4 Die DVU im Landtag von Schleswig-Holstein 1992 bis 1996 | 29 |
| 4.1 Personal | 29 |
| 4.2 Die DVU Schleswig-Holstein in der parlamentarischen Arbeit | 31 |
| 4.3 Finanzielle Unregelmäßigkeiten | 37 |
| 4.4 Die DVU im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Zerwürfnisse, Auflösungen und Neuformierungen | 43 |
| 5 Die DVU in Sachsen-Anhalt | 46 |
| 5.1 Erscheinungsbild und Wahlkampf der DVU | 46 |
| 5.2 Die Fraktion der DVU | 49 |
| 6 Schlußbetrachtung | 52 |
| Die Autoren | 55 |

Zusammenfassung

Die DVU ist eine eindeutig rechtsextremistische Partei. Sie profitiert von der Angst vor sozialer und wirtschaftlicher Deklassierung sowie Statusverlust. Sie mobilisiert "Underdog"-Gefühle und schiebt gesellschaftlichen Minderheiten systematisch die Rolle eines Sündenbocks zu. Dieses primitive Politikkonzept tritt deutlich vor Augen, wenn man die konkrete Politik der Partei in den Landesparlamenten, denen sie angehörte und angehört, untersucht.

Nachdem sie bereits seit 1987 aufgrund der Besonderheiten des Bremer Wahlrechts einen Abgeordneten aus Bremerhaven gestellt hatte, übersprang die DVU 1991 in ganz Bremen die Sperrhürde (6,2 %) und zog mit sechs Abgeordneten in die Bürgerschaft ein. Noch bedeutsamer war ihr Erfolg bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im April 1992 (6,3 %). Ihren bisher größten Erfolg errang die DVU dann bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998, bei denen sie überraschend 12,9 Prozent erreichte.¹

Seit der Gründung der "DVU e.V." 1971 beherrscht Gerhard Frey die DVU durch eine zentralistische Führung und durch sein Geld. Die DVU ist eine Phantompartei. Sie hat kein innerparteiliches Leben, sondern agiert, von ihrem Vorsitzenden Gerhard Frey zentral gesteuert, im Verborgenen. Funktionierende Parteistrukturen, ein stabiles organisatorisches Fundament, gibt es ebensowenig wie konkrete Politikangebote und Lösungsvorschläge zu drängenden politischen Fragen. Außer dem Gründer, Vorsitzenden und Finanzier Gerhard Frey sind in der Öffentlichkeit so gut wie keine DVU-Politiker bekannt, es sei denn, sie fallen als Mitglieder von Landtagen durch Skandale auf. Die DVU ist eine Partei quasi in Privatbesitz.

Im Zentrum der DVU-Programmatik sowie der Agitation und Propaganda der Partei stehen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, ein dumpfer, völkischer Nationalismus und Geschichtsrevisionismus. Die DVU schürt Ressentiments gegen Ausländer und Juden und diffamiert den demokratischen Rechtsstaat.

Gemessen an den selbstgestellten Ansprüchen, ist die Bilanz nach rund zehn Jahren Parlamentsarbeit der DVU mehr als ernüchternd. Die Fraktionen konnten ihre eigenen Versprechungen zu keinem Zeitpunkt einlösen.

¹ Zu Herkunft, Zusammensetzung und Motiven der DVU-Wähler vgl. jetzt: Viola Neu/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff: Die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26.04.1998, Sankt Augustin, April 1998 (Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, Arbeitspapier).

Anspruch und politische Wirklichkeit klafften in Bremen und Schleswig-Holstein diametral auseinander.

In allen parlamentarischen Vertretungen manövrierten sich die DVU-Abgeordneten so selbst ins politische Abseits. Aufgrund ihrer Politikunfähigkeit, ihrer fachlichen Inkompetenz sowie ihrer rhetorischen Ausfälle wurden sie weder von den anderen Fraktionen noch von den Medien politisch ernst genommen. Während sie in der laufenden Ausschubarbeit häufig durch Abwesenheit glänzten oder schwiegen, nutzten sie das Plenum hauptsächlich für propagandistische "Fensterreden". Sie mißbrauchten das Parlament für ihre Parteipropaganda, deren Formulierungen häufig aus München vorgegeben wurden.

Finanzielle Unregelmäßigkeiten und Mißbrauch von Fraktions-, d.h. von Steuergeldern, waren an der Tagesordnung. Die hierfür aufgezeigten Beispiele offenbaren eine haarsträubende Selbstbedienungsmentalität. Das Finanzgebaren der Fraktionen stand dabei in einem krassen Widerspruch zur ständigen Kritik der DVU an der staatlichen Parteienfinanzierung und an den anderen Parteien.

Vor dem Hintergrund dieser eindeutigen Erfahrungen ist daher nicht zu erwarten, daß sich die Verhältnisse in Sachsen-Anhalt wesentlich anders entwickeln werden.

1 Einleitung

In den letzten Jahren konnten rechtsextremistische Parteien² in Deutschland aufsehenerregende Wahlerfolge erzielen, die im In- und Ausland Beunruhigung auslösten. So gelangten die Republikaner 1989 in das Berliner Abgeordnetenhaus (7,5 %), womit erstmals seit den Erfolgen der NPD Ende der 60er Jahre wieder eine rechtsradikale Partei Mandate in einem Landesparlament errang. Kurz darauf konnte die 1983 gegründete Partei bei der Europawahl vom Juni 1989 bundesweit 7,1 Prozent der Stimmen erzielen. 1992 und 1996 gelang es den REP Baden-Württemberg, mit 10,9 Prozent bzw. 9,1 Prozent in den Landtag einzuziehen.³

-
- ² Als *rechtsextremistisch* bezeichnen wir Parteien und Organisationen, deren Politik und Ideologie die Ablehnung der wesentlichen Prinzipien und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates beinhalten. Dazu gehören die Ablehnung der fundamentalen Gleichheit aller Menschen, die Ablehnung von Menschen- und Freiheitsrechten, des Demokratieprinzips, der Gewaltenteilung, der Oppositions- und Minderheitenrechte, Ablehnung von Pluralismus- und Parteienkonkurrenz. Hinzu kommen extremer Nationalismus, Rassismus und Führerprinzip. Als *rechtsradikal* hingegen bezeichnen wir Positionen und Ziele, die nicht eindeutig auf die Beseitigung zentraler Bestandteile der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtet sind, sich aber politisch am äußersten Rand des Verfassungsrahmens bewegen. Dabei können die Übergänge zum Rechtsextremismus in Einzelfragen, wie bei den Republikanern, fließend sein. Rechtsradikalismus subsumiert demgemäß nationalistic, traditionell-konservative, autoritäre und reaktionäre Positionen, auch romantisierende Rückwärtsgewandtheit, Beschwörung der "heilen Welt" und Illiberalität. Rechtsradikale Positionen sind häufig Anti-Positionen gegen die Moderne, gegen Individualismus und Pluralismus, gegen das staatliche und politische Establishment, gegen die "etablierten" Parteien, die Bürokratie, gegen internationale und supranationale Einbindungen, gegen alles Fremde und "Überfremdung". Während Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus, bei allen Grauzonen zwischen beiden Positionen, inhaltlich bestimmbar sind, bezeichnet der *Populismus*-Begriff vor allem Methoden und Verfahren zur Ansprache und Mobilisierung von Menschen, der Gewinnung öffentlicher Unterstützung und des Machterwerbs. Dabei werden aktuelle Stimmungen, Vorurteile und Affekte in der Bevölkerung genutzt, demagogisch geschürt und gegen die "herrschende politische Klasse" gewendet: Für komplexe Probleme werden einfache Lösungen angeboten. Zum *Rechtspopulismus* gehört fast überall in Europa die Behauptung, daß mit der Lösung der Ausländer- und Asylantenfrage im Grunde alle wesentlichen Probleme des Staates, von der Wirtschafts- über die Sozial- bis zur Umweltschutzpolitik, schlechthin gelöst werden könnten. Populismus lebt von Feindbildern (Ausländer, Minderheiten, Establishment, Kapitalisten). Populismus ist deshalb nicht inhaltlich bestimmbar und politisch-ideologisch zuordenbar. Populismus kann rechts oder links gewirkt sein. Vgl. in diesem Sinne: Hans Joachim Veen: "Rechtsextrem" oder "Rechtsradikal"? Plädoyer für mehr begriffliche Klarheit, in: Das Parlament, H. 15/1994. Uwe Backes/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Neuausgabe, Bonn 1996.
- ³ Zur Parlamentsarbeit der REP vgl.: Hans-Joachim Veen/Norbert Lepszy: Rechtsradikale in der parlamentarischen Praxis. Die "Republikaner" in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25 (1994), S. 203-216.

Die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) war von 1987 bis 1991 mit einem Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft vertreten, nachdem es ihr in Bremerhaven, wenn auch nicht im Land Bremen insgesamt, gelungen war, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Im September 1991 kam sie auf einen Stimmenanteil von 6,2 Prozent und zog mit sechs Vertretern in die Bürgerschaft ein. Ein Jahr später konnte die Partei ihren Erfolg in Schleswig-Holstein wiederholen: Bei der Landtagswahl vom April 1992 erzielte sie 6,3 Prozent. Am 26. April 1998 gelang der DVU mit 12,9 Prozent erstmals der Sprung in ein ostdeutsches Landesparlament.

Die DVU ist eine eindeutig rechtsextremistische Partei. Sie profitiert von der Angst vor sozialer und wirtschaftlicher Deklassierung sowie Statusverlust. Sie mobilisiert "Underdog"-Gefühle und schiebt gesellschaftlichen Minderheiten systematisch die Rolle eines Sündenbocks zu. Dieses primitive Politikkonzept tritt deutlich vor Augen, wenn man die konkrete Politik der Partei in den Landesparlamenten, denen sie nunmehr rund zehn Jahre angehörte und angehört, untersucht.

Diese Studie analysiert die Aktivitäten der rechtsextremistischen DVU in der Bremischen Bürgerschaft und im Schleswig-Holsteinischen Landtag und zeichnet ein Kurzprofil der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Die parlamentarischen Aktivitäten der rechtsextremen Partei in Bremen und Schleswig-Holstein werden jeweils entlang von vier Problemstellungen analysiert:

- Zunächst stellt sich die Frage nach den Akteuren, d.h. den Abgeordneten in den einzelnen Parlamenten, ihrem beruflichen und sozialen Hintergrund und ihren bisherigen politischen Funktionen und Tätigkeiten.
- Die Arbeit in den Parlamenten vollzieht sich zu einem großen Teil in Form von Anträgen, Anfragen, in den Reden im Plenum sowie in der kontinuierlichen Arbeit in den Ausschüssen. Es werden die Themenschwerpunkte, die politischen Positionen und die Aktionsweisen der DVU herausgearbeitet.
- In einem dritten Fragenkomplex stehen die Finanzskandale und Unregelmäßigkeiten im Vordergrund, durch welche die DVU-Fraktionen in den Landesparlamenten von Bremen und Schleswig-Holstein aufgefallen sind.
- Im vierten Teil geht es um die große Instabilität der Fraktionen. Beide DVU-Fraktionen sind bereits nach kurzer Zeit auseinandergebrochen.

Interne Querelen, Streitigkeiten und Zerwürfnisse prägten das äußere Erscheinungsbild.

Im letzten Teil wird auf den überraschenden Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt eingegangen. Wie verhielt sich die Partei im Wahlkampf, wer sind ihre parlamentarische Vertreter und wie präsentierten sich die DVU-Abgeordneten bei ihren ersten öffentlichen Auftritten?

2 Die Deutsche Volksunion (DVU)

2.1 Gründung und Entwicklung der DVU

Die DVU konstituierte sich erst 1987 als Partei; seit 1971 gab es sie aber bereits als eingetragenen Verein, gegründet auf Initiative des Münchener Verlegers Dr. Gerhard Frey als eine – nach eigenem Anspruch – “überparteiliche Bewegung der verfassungstreuen Rechten”. Durch diese Bewegung versuchte Frey seine publizistische Macht auch in politischen Einfluß umzusetzen – ausdrücklich, ohne gleich eine Partei zu gründen. Der Zeitpunkt für eine neue rechte “Bewegung” war durchaus günstig gewählt: einmal als Oppositionsbewegung gegenüber der sozial-liberalen Koalition, insbesondere ihrer Ostpolitik, zum anderen, weil die NPD nach ihrem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 auseinanderfiel. Die DVU e.V. sollte als Sammlungsbewegung ein Auffangbecken für versprengte und verunsicherte Rechte bieten.

Aus der DVU e.V. wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt eine relevante politische Kraft.⁴ Eine Besonderheit in der Struktur der DVU e.V. war der seit 1979 von Frey betriebene Aufbau sogenannter “Aktionsgemeinschaften”, die als Vorfeld- und Rekrutierungsorganisationen dienen sollten, indem sie Menschen mit jeweils sehr spezifischen Interessen ansprachen. So gab es eine “Volksbewegung für Generalamnestie” (VOGA), eine “Aktion Oder-Neiße” (AKON), eine “Initiative für Ausländerbegrenzung” (IfA), eine “Aktion deutsches Radio und Fernsehen”, einen “Ehrenbund Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten” (ER) und einen “Schutzbund für Leben und Umwelt”.⁵ Die Zersplitterung der rechtsextremen Kräfte konnte die DVU e.V. jedoch nicht überwinden. Sie besteht bis heute fort und kann als ein wesentliches Merkmal des deutschen Rechtsextremismus gelten, durch das sich dieser von anderen Ländern unterscheidet.

Die NPD existierte – trotz stark rückläufiger Mitgliederzahlen – als Partei und indirekte Konkurrenz weiter, später (1983) sollten die Republikaner hinzukommen. 1986 gaben Frey und seine DVU e.V. ihre “Überparteilichkeit” auf. Den Sinneswandel begründeten die DVU-Organen bzw. Frey mit der Kritik an der Regierungspolitik der Union, sie habe ihr – angebliches – Versprechen einer fundamentalen, konservativen Wende nicht

⁴ Vgl. Matthias Schmidt: Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der “Deutschen Volksunion” im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster 1997, S. 31.

⁵ Vgl. ebd., S. 34-36.

eingelöst. Ein nicht minder ausschlaggebender Beweggrund dürfte allerdings das gleichzeitige Erstarken von Schönhubers “Republikanern” gewesen sein: Frey fürchtete eine Dezimierung seines Sympathisantenreservoirs und war bemüht, selbst politische und nicht länger nur publizistische Handlungsmöglichkeiten zu erlangen. Diese neue Situation am rechten Rand des Parteienspektrums war im März 1986 für Frey und den NPD-Vorsitzenden Martin Mußnug Anlaß, ihre Konkurrenz und ihre gegenseitigen Animositäten zurückzustellen und ein Wahlbündnis einzugehen.

Damit war die Gründung einer eigenen Partei durch Frey vorprogrammiert. Am 5. März 1987 wurde im Münchener “Löwenbräukeller” die “Deutsche Volksunion – Liste D” (später nur noch DVU) gegründet und Gerhard Frey zum Vorsitzenden gewählt. Bereits am 2. April 1987 wurde eine Übereinkunft zwischen DVU – Liste D und NPD erzielt. Als “Allianz der Nationalen” sollte sie arbeitsteilig funktionieren: Der immer schwächer werdenden NPD sollte die Finanzkraft der DVU – Liste D, bzw. ihres “Besitzers” Gerhard Frey, zugute kommen. Die NPD sollte dagegen ihre immer noch vorhandene organisatorische Erfahrung und Strukturen einbringen. Wahlbeteiligungen sollten abwechselnd erfolgen, wobei auf den Wahllisten auch jeweils Kandidaten der jeweils anderen, nicht kandidierenden Partei plaziert werden sollten. Diese Zusammenarbeit wurde allerdings 1991 im Streit wieder beendet.⁶

Beiden Partnern war klar, daß sie ihre Selbständigkeit behalten wollten – wobei Frey für sich die führende Rolle in diesem Bündnis beanspruchte. Als politischen Forderungskatalog einigte man sich auf den sofortigen Stopp der Zuwanderung von Ausländern, den “Ehrenschutz” für Deutschlands gefallene Soldaten, die schnelle Herstellung der Einheit Deutschlands, den Schutz des Lebens durch massiven Kampf gegen “Abtreibungsmißbrauch”, ein Ende der deutschen Vergangenheitsbewältigung und eine Generalamnestie für NS- und Kriegsverbrecher.⁷

Während Frey bei früheren Landtagswahlen häufig (so in Bayern 1986) seinen Anhängern zur Wahl der Unionsparteien geraten hatte, konnten DVU und NPD nunmehr im gemeinsamen Wahlbündnis der Liste D bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 1987 im Gesamtwahlgebiet der Hansestadt mit 3,4 Prozent zwar nicht die Fünf-Prozent-Hürde überspringen, gelangten

⁶ Vgl. Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, 2. Aufl., München 1992, S. 40.

⁷ Vgl. Matthias Schmidt, a.a.O., S. 36.

jedoch aufgrund des getrennt ausgewiesenen Ergebnisses in Bremerhaven mit 5,4 Prozent der Stimmen in das Bremer Landesparlament, wo sie mit einem Abgeordneten (Hans Altermann) vertreten waren. Bei den folgenden Landtagswahlen bis 1991 und bei der Bundestagswahl 1990 unterstützte die DVU entweder die NPD mit erheblichen finanziellen und organisatorischen Mitteln und verzichtete zu ihren Gunsten auf eine eigene Kandidatur, oder sie blieb bei eigenen Kandidaturen ohne jeden nennenswerten Erfolg.

1991 übersprang die DVU in ganz Bremen die Sperrhürde (6,2 %) und zog mit sechs Abgeordneten in die Bürgerschaft ein. Noch bedeutsamer war ihr Erfolg bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im April 1992 (6,3 %). Bei der Bundestagswahl 1994 kandidierte die DVU nicht. Im Mai 1995 erreichte sie trotz des Einsatzes erheblicher finanzieller Mittel bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft lediglich einen Stimmenanteil von 2,5 Prozent und schied aus dem Landesparlament aus. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im März 1996 erzielte sie immerhin noch 4,3 Prozent, verlor aber ebenfalls ihre parlamentarische Vertretung. Dramatisch verlief die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom September 1997, denn erst mit dem endgültigen amtlichen Wahlergebnis stand fest, daß die DVU mit 4,977 Prozent ganz knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Genau 190 Stimmen fehlten der Partei, die – erfolglos – gegen den Wahlausgang klagte. Ihren bisher größten Erfolg errang die DVU dann bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998, bei denen sie überraschend 12,9 Prozent erreichte.

In der Folge kündigte Parteichef Frey weitere Kandidaturen seiner Partei an. So will die DVU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und bei der Bundestagswahl im September 1998 sowie bei der Europawahl 1999 antreten.⁸ Dies wäre die erste Kandidatur der DVU bei einer Bundestagswahl. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß für beide Wahlen – angeblich auf jeden Fall für die Europawahl – eine Kandidatur von Franz Schönhuber auf der DVU-Liste möglich erscheint.⁹ Bereits 1994 hatte es Gespräche zwischen Schönhuber und Frey gegeben, nachdem sie sich vorher als Konkurrenten um die Führung im rechten Lager erbittert bekämpft hatten und die Republikaner sich von der rechtsextremen DVU entschieden abzugrenzen versucht hatten. Diese Gespräche erschütterten Schönhubers Position und leiteten seinen Sturz als REP-Vorsitzender ein.

⁸ dpa, 4.5.1998.

⁹ dpa, 2.5.1998.

Nach dem Erfolg der DVU in Sachsen-Anhalt stellt sich auch die Frage nach der Vorherrschaft im rechten Lager und möglichen programmatisch-inhaltlichen Annäherungen sowie den daraus folgenden Konsequenzen für eine Zusammenarbeit oder Absprachen. Während der Bundesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der REP Baden-Württembergischen Landtag, Rolf Schlierer, an einem eher moderaten Kurs und an der scharfen Abgrenzung zur DVU festhalten will, werden in seiner Partei auch andere Positionen, so durch den baden-württembergischen Landesvorsitzenden Christian Käs, vertreten.¹⁰

2.2 Programmatik, Ideologie und Agitation

Nachdem die DVU sich 1987 als Partei konstituiert hatte, war sie aufgrund des Parteiengesetzes gezwungen, sich ein Programm zu geben. Nun ist eine genauere Analyse von Programmen rechtsextremer Parteien immer problematisch: Um sich nicht der Gefahr der Verfassungsfeindlichkeit und dem hieraus möglicherweise folgenden Verbot auszusetzen, werden im Programm kaum eindeutig volksverhetzende oder antidemokratische Aussagen gemacht. So hat auch die DVU – wie die Republikaner – in mehreren Überarbeitungen ihres ursprünglichen Programms von 1987 eine gewisse “sprachliche Glättung” vorgenommen. Gleichwohl gilt die DVU als eindeutig rechtsextrem und wird unmittelbar seit ihrer Gründung in den Verfassungsschutzberichten erwähnt.

Betrachtet man das aktuelle Programm,¹¹ fallen zunächst die Kürze sowie die inhaltliche und sprachliche Dürftigkeit auf. Es handelt sich um eine unsystematische, fast willkürlich anmutende Aneinanderreihung von völkischen, nationalistischen und rechtskonservativen Allgemeinplätzen, die typisch für eine Partei sind, die keine konkreten Lösungsmöglichkeiten für die vielfältigen politischen Fragen in ihrer ganzen Breite anbieten kann oder auch gar nicht will. Charakteristisch ist der völkisch-nationalistische Grundton, der alle zwölf Punkte des Programms durchzieht. So beginnt das Programm, nachdem die DVU sich in der Präambel “vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt”, im Punkt 1 (“Bewahrung der deutschen Identität”) mit dem Satz: “Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben.” Gefordert werden die Begrenzung des Ausländeranteils, das Ende des zunehmenden Ausländerzustroms, die Beschleunigung der Asylverfahren sowie die Ausweisung von kriminellen Ausländern.

¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.1998.

¹¹ “DVU: Für Deutschland und deutsche Interessen”, o.O., o.J.

Im Punkt 2 (“Kein Verzicht auf berechnigte deutsche Interessen”) spricht sich die DVU dagegen aus, “Deutschland in einen Vielvölkerstaat bzw. einer europäischen Union aufzulösen.” Damit ist eine anti-europäische Agitation angesprochen, zu der die DVU, ähnlich wie die Republikaner, umschwenkten, nachdem ihnen das nationale Wiedervereinigungsthema “abhandeln” gekommen war. Die Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als Kriegsfolge widerspricht nach ihrer Auffassung völkerrechtlichen Grundsätzen.

Ein sich ständig wiederholendes Thema in der DVU-Agitation ist auch die Forderung, mit der deutschen Vergangenheitsbewältigung müsse endgültig Schluß sein. Im Programm ist dies unter Punkt 3 noch recht moderat formuliert: “Die den Deutschen vielfach zugemutete einseitige Vergangenheitsbewältigung in der Art einer Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung beeinträchtigt unsere Gleichberechtigung in der Völker- und Staatenfamilie. Natürlich müssen dementsprechend auch das Ansehen und die Ehre des deutschen Soldaten [...] besser geschützt sein.”

Unter plakativen, aber wenig angreifbaren Überschriften werden in den folgenden Punkten, jeweils in wenigen Sätzen, offenbar willkürlich herausgegriffene Politikfelder – von der Kriminalität bis zur direkten Demokratie – abgehandelt. Darin finden sich Anzeichen dafür, daß die Partei von den – natürlich von ihr definierten – Interessen des “Deutschen Volkes” und der “Deutschen Nation” ausgeht und nicht von den individuellen Freiheitsrechten des einzelnen. Das Kollektiv (Volk, Staat, Nation) rangiert eindeutig vor dem Individuum. Dies entspricht sicher nicht dem Geist des Grundgesetzes, wenn es wohl auch nicht direkt justitiabel ist.

Konkreter und aufschlußreicher für den Geist der Partei ist da schon ein Blick in die einschlägigen Publikationen des Frey-Konzerns. Da die Partei fast unumschränkt vom Vorsitzenden beherrscht wird, können diese durchaus als zumindest parteioffizielle Presseerzeugnisse angesehen werden. Insbesondere handelt es sich dabei um die “Deutsche National-Zeitung” (DNZ), Auflage 1997 35.000 (geschätzt) und die “Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger” (DWZ/DA), Auflage 20.000 (geschätzt). Nach Angaben des Verfassungsschutzes sind die Auflagenhöhen von DNZ und DWZ/DA von ihrem höchsten Stand in den Jahren 1988 und 1989 (70.000 bzw. 22.000) kontinuierlich gefallen. Gleichwohl gehören sie nach wie vor zu den

auflagenstärksten rechtsextremistischen Publikationen in Deutschland.¹² Beide Zeitungen erscheinen wöchentlich.

Die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre geben hier eine Fülle von Beispielen für rechtsextremistische Agitationsmuster, insbesondere für Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Verharmlosung des Holocaust, Großmachtansprüche, publizistische Fürsprache für Alt-Nazis, Diffamierung demokratischer Politiker und Institutionen.

So berichtet der Verfassungsschutz, daß Artikel in der DNZ und in der DWZ/DA durch einseitige und verzerrende Berichterstattung den Eindruck vermittelten, daß ganz überwiegend Ausländer für die Kriminalität in Deutschland verantwortlich seien. Die in Deutschland lebenden Ausländer würden so suggestiv in ihrer Gesamtheit zu Kriminellen herabgewürdigt. Ein weiteres Stereotyp sei die unterschwellig ausländerfeindliche Formel von der "Entdeutschung des deutschen Volkes durch Einwanderung von Fremden"¹³.

Beispiel: "Unsere 'freiester Gesellschaft der deutschen Geschichte' ist hilflos gegen eine ausufernde Kriminalität. Scheinasylanten, Bürgerkriegsflüchtlinge, Kontingentflüchtlinge, Defacto-Flüchtlinge, illegale Ausländer entfremden uns Deutschland zunehmend und werden mit über 100 Milliarden Mark je Jahr aus unseren Steuergeldern finanziert." (DNZ Nr. 16/97, S. 12)

Eingehend wird in den Verfassungsschutzberichten der häufig unterschwellige Antisemitismus dargestellt. Hintergrund dieser verbrämten antijüdischen Kampagne ist die Ansicht, das deutsche Volk werde so daran gehindert, einen Schlußstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit zu ziehen und ein gleichberechtigtes Mitglied in der Völkergemeinschaft zu werden.¹⁴

Beispiel: "Friedmans Haßtiraden gegen das deutsche Volk sind schon lange unerträglich geworden. 'Versöhnung' ist nach seinen Worten 'ein absolut sinnloser Begriff', da den Deutschen 'als Erben des judenmordenden Staates' gar nichts anderes zukomme, 'als die historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer'." (DNZ Nr. 13/98, S. 1)

Ein fester Bestandteil der Agitation ist auch die eng hiermit zusammenhängende Relativierung des Holocaust. Hierbei werde, um das

¹² Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: "Deutsche Volksunion" (DVU). Strukturanalyse einer rechtsextremistischen Partei, Köln, Mai 1998, S. 31.

¹³ Verfassungsschutzbericht 1997 (Presseexemplar), S. 100.

¹⁴ Verfassungsschutzbericht 1997 (Presseexemplar), S. 100.

nationalsozialistische Regime von der historischen Schuld zu entlasten, der Holocaust mit anderen Völkermorden in der Geschichte verglichen. Insbesondere werden die Zahlen des Holocaust immer wieder angezweifelt.¹⁵

Beispiel: “Über die Zahl der Toten, von denen ca. 75.000 beurkundet wurden, besteht nach wie vor keine Klarheit. 8 Millionen seien es gewesen, hieß es unmittelbar nach dem Krieg. Über Jahrzehnte wurde dann eine Totenzahl von 4 Millionen verbreitet. Anfang der 90er Jahre gab man als neue Erkenntnis 1 bis 1,5 Millionen Auschwitz-tote an. Neuerdings werden in Werken der etablierten ausländischen Holocaust-Literatur um die 700.000 jüdische und nichtjüdische Auschwitz-tote erwähnt.” (DNZ Nr. 6/97, S. 5)

Ferner stellt der Verfassungsschutz fest, mit der Polemik gegen die Repräsentanten des demokratischen Staates und die demokratischen Parteien solle deren Ansehen geschmälert werden und damit das Vertrauen in die Werteordnung des Grundgesetzes erschüttert werden. Es werde der Vorwurf erhoben, demokratische Politiker beharrten aus machtpolitischen Gründen auf einer Kollektivschuld der Deutschen.¹⁶

Beispiel: “Unfaßbar ist die auch an diesem 27. Januar wieder offenbar gewordene Gier etablierter bundesdeutscher Medien und Politiker, dem deutschen Volk zusätzliche Tonnengewichte an Kollektivschuld, -verantwortung, -haftung usw. aufzuladen. Das Kalkül dürfte sein, daß ein Volk mit Schlauch statt Rückgrat leichter zu regieren und zu kujonieren ist.” (DNZ Nr. 6/97, S. 5)

2.3 Organisation, Führung und Finanzen

Nachdem die Mitgliederstärke der DVU Anfang der 90er Jahre mit etwa 25.000 ihren Höhepunkt erreichte, war sie rückläufig und beträgt heute nur noch etwa 15.000.¹⁷ Frey selbst gibt höhere Zahlen an, auch ist nicht ganz klar, inwieweit es sich bei dieser Mitgliederzahl de facto um entsprechende Abonnenten der Publikationen aus dem Frey’schen Pressekonzern handelt oder um “echte” Mitglieder. Dementsprechend kann von einer politisch aktiven Mitgliedschaft nicht gesprochen werden. Das gleiche gilt für die 15 Landesverbände (Stand: 1.3.1998), die politisch als solche in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung treten. Außer dem Gründer, Vorsitzenden

¹⁵ Verfassungsschutzbericht 1997 (Presseexemplar), S. 101.

¹⁶ Verfassungsschutzbericht 1997 (Presseexemplar), S. 100.

¹⁷ Verfassungsschutzbericht 1997 (Presseexemplar), S. 99.

und Finanzier Gerhard Frey sind so gut wie keine DVU-Politiker bekannt, es sei denn, sie fallen als Mitglieder von Landtagen durch Skandale auf.

Seit der Gründung der DVU e.V. 1971 beherrscht Gerhard Frey die "Bewegung"/Partei durch eine zentralistische Führung und durch sein Geld. Zwar verfügt die DVU als Partei – durch das Parteiengesetz verpflichtet – über eine formale Satzung mit allen hierfür erforderlichen Organen, Abstimmungs- und Wahlverfahren sowie Kompetenzzuweisungen. Bei einer genaueren Analyse kommen aber erhebliche Zweifel auf, ob die Regelungen dem Gebot der innerparteilichen Demokratie nach Artikel 21 Grundgesetz entsprechen. So ist bereits in den formalen Verfahrensweisen (wie z.B. Kandidatenaufstellungen) stets ein besonders großer Einfluß des Bundesvorstandes festzustellen, so daß diesem unangemessen viel Macht eingeräumt wird und nachgeordnete Parteigliederungen nur geringfügige Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte besitzen.¹⁸ Die Auswirkungen in der politischen Praxis dürften noch gravierender sein als die Satzung vermuten läßt.

Bei aller Ähnlichkeit ist hier doch, wie auch in der Programmarbeit, ein erheblicher Unterschied zu den Republikanern festzustellen: Selbst auf dem Höhepunkt seiner Macht hat Schönhuber die REP nie derart unumschränkt beherrscht wie Frey – im wahrsten Sinne des Wortes – "seine" DVU. So wird das gesamte Parteileben, sofern man davon überhaupt sprechen kann, bis in alle Einzelheiten von der Münchener Zentrale ferngesteuert. Dagegen könnte Frey argumentieren, keine Partei sei so (direkt-) demokratisch verfaßt wie die DVU, deren oberstes Organ, der Bundesparteitag, sich nach § 9 der Satzung aus allen Mitgliedern der Partei zusammensetzt. Aber gerade diese Konstruktion sichert Freys unumschränkte Herrschaft: Der Unterschied zwischen Kundgebungen – wie etwa jeweils im Herbst in der Nibelungen-Halle in Passau – und Parteitagungen mit formalen Strukturen wird somit verwischt. Von einer auch nur einigermaßen organisierten und ernsthaften innerparteilichen Diskussion oder gar sich hieraus entwickelnden Opposition gegen Frey hat man daher auch nie etwas gehört – es fehlen einfach die hierfür erforderlichen innerparteilichen Organisations- und Kommunikationsstrukturen: Alle Stränge laufen direkt in der Parteizentrale in München-Pasing zusammen.

Dies hängt natürlich eng mit der einmaligen finanziellen Verflechtung der Person des Vorsitzenden, seines Presse- und Wirtschaftskonzerns und "seiner" Partei zusammen, wobei von außen im Einzelfall schwer

¹⁸ Vgl. Matthias Schmidt, a.a.O., S. 50 f.

auszumachen ist, wie sich die gegenseitigen Abhängigkeiten konkret auswirken. Einerseits unterhält Frey seine Partei durch Kredite, andererseits fließen so erhebliche Zinsen an ihn zurück.¹⁹ Die finanzielle Lage der Partei ist, zumindest bis jetzt, außerordentlich schlecht. So wies der DVU-Rechenschaftsbericht für 1996 Schulden in Höhe von 8,8 Millionen Mark aus; gleichzeitig erklärte Frey, daß die Partei ihm 8 Millionen Mark schulde.²⁰ Dabei erhält die Partei durchaus Spenden in erheblicher Höhe, so 1996 rund 2 Millionen Mark.²¹ Die öffentliche Ausweisung der Spenden entspricht jedoch offenbar nicht immer den Erfordernissen des Parteiengesetzes. So belegte die Bundestagspräsidentin die DVU im Juni 1998 mit einer Sanktion von rund 549.000 Mark, weil diese im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1995 zwar die Spende eines französischen Staatsbürgers in Höhe von etwa 274.000 Mark ausgewiesen, jedoch eine falsche Anschrift des Spenders angegeben hatte.²² Hat eine Partei Spenden rechtswidrig erlangt oder nicht den Vorschriften des Parteiengesetzes entsprechend im Rechenschaftsbericht veröffentlicht, verliert sie den Anspruch auf staatliche Mittel in Höhe des Zweifachen des Spendenbetrages.²³

Die desolante finanzielle Situation der DVU dient Frey auch zur Sicherung seiner uneingeschränkten Führungsposition, denn es hätte sicher niemand Interesse daran, in einer so stark verschuldeten Partei Führungsverantwortung zu übernehmen.

Somit ergibt sich insgesamt das Bild einer Partei mit nur rudimentär ausgebildeten Organisations- und Kommunikationsstrukturen, einer Partei die, selbst in Wahlkämpfen, in der Öffentlichkeit als solche kaum in Erscheinung tritt. Hier wird sie allein von ihrem Vorsitzenden und seinen Publikationsorganen repräsentiert. Schon von ihrer formalen Satzung her ist sie für eine "demokratische" Partei extrem zentralistisch ausgerichtet und zudem von diesem "Zentrum", d.h. ihrem Vorsitzenden Frey, auch finanziell völlig abhängig. Von daher stellt sich die Frage, ob sie überhaupt den Kriterien des Parteiengesetzes – selbst wenn man diese minimalistisch auslegt – entspricht, d.h. ob sie überhaupt als Partei im Sinne des Parteiengesetzes zu bezeichnen und zu behandeln ist?

¹⁹ Der Spiegel, 4.4.1998.

²⁰ Frankfurter Rundschau, 28.4.1998. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.1998.

²¹ dpa, 2.4.1998.

²² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.6.1998.

²³ Vgl. § 31a Abs. 1 Parteiengesetz.

3 Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft 1987 bis 1995

3.1 Personal

Bereits 1987 stellte die DVU mit Hans Altermann einen Abgeordneten, da sie zwar nicht im Land Bremen, aber im Stadtgebiet Bremerhaven mit 5,4 Prozent die Sperrklausel überwinden konnte. Nach der Bürgerschaftswahl vom 29. September 1991 war die DVU im Landesparlament, der Bremischen Bürgerschaft, zunächst mit sechs Abgeordneten vertreten.

Zur konstituierenden Sitzung nach der 91er Wahl gehörten der DVU-Fraktion an:²⁴

Fraktionsvorsitzende:

- Blohm, Marion, Jahrgang 1953, Hausfrau, DVU-Kreisvorsitzende in Bremerhaven. Auf direkte Intervention von Frey wurde sie im Oktober 1991 zur Fraktionsvorsitzenden in der Bremischen Bürgerschaft (Land Bremen) gewählt. Sie galt neben dem 1992 verstorbenen Vorsatz als zweiter Aktivposten der Partei in der Bürgerschaft. Zunächst war nicht sicher, ob ihre Wahl im September 1990 überhaupt gültig war. Zum Zeitpunkt der Wahl hatte sie nur scheinbar die erforderlichen drei Monate mit Hauptwohnsitz im Land Bremen gelebt. Das Wahlprüfungsgericht entschied daher zunächst, daß die Wahl von Marion Blohm zur Bürgerschaftsabgeordneten am 29. September 1991 ungültig war; in zweiter Instanz wurde jedoch gegenteilig entschieden.²⁵

weitere Fraktionsmitglieder:

- Altermann, Hans, Jahrgang 1925, fuhr nach der Entlassung aus russischer Gefangenschaft bis 1983 zur See, zuletzt als Schiffingenieur. Seit 1987 war er DVU-Mitglied, trat im Oktober 1991 zunächst zur Deutschen Liga über und bildete mit dem später ebenfalls ausgeschiedenen Peter Nennstiel im Februar 1993 die National-Konservative Gruppe, die der Deutschen Liga nahestand.²⁶ Altermann trat im Juli 1993 aus der Deutschen Liga aus.

²⁴ Angaben jeweils nach: Handbuch der Bremischen Bürgerschaft, 13. Wahlperiode, 3. Lieferung.

²⁵ Weser-Kurier, 21.7.1993. Süddeutsche Zeitung, 18.12.1993.

²⁶ Frankfurter Rundschau, 17.2.1993.

- Blome, Klaus, Jahrgang 1942, Ausbildung zum Bierbrauer, zuletzt aus gesundheitlichen Gründen Mitarbeiter in der Poststelle einer großen Brauerei in Bremen, trat im Juni 1993 erstmals aus der DVU-Gruppe aus,²⁷ kehrte kurzfristig zurück, verließ diese Mitte Oktober 1993 endgültig und schloß sich der National-Konservative Gruppe (NK) an. Obwohl er seit 1992 als Fraktions- bzw. später als Gruppenvorsitzender in der Bremischen Stadtbürgerschaft fungierte, trat er politisch kaum in Erscheinung.²⁸
- Nennstiel, Peter, Jahrgang 1943, Hauptschule, Schiffsjunge und Matrose in der Seeschifffahrt, Schiffsführer in der Binnenschifffahrt und Hafenarbeit, anschließend Arbeiter beim Wasser- und Schifffahrtsamt Bremen, gehörte stets zu den Hinterbänkeln. Er verließ im Januar 1993 die DVU und schloß sich der NK-Gruppe an.
- Vorsatz, Karl-Heinz, Jahrgang 1928, war bis kurz vor der Wahl 1991 Chefredakteur des NPD-Parteiorgans "Deutsche Stimme" und galt zunächst als der wichtigste Aktivposten innerhalb der Fraktion. Er war auch DVU-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Stadtbürgerschaft, bis er diesen Posten im April 1992 an Klaus Blome abgeben mußte. Vorsatz wurde im Oktober 1990 wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten Freiheitsstrafe (auf Bewährung) und 5.000 DM Geldbuße verurteilt, da er in Deutschland lebende Polen für die Ermordung und Vertreibung von Deutschen aus Polen im Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht hatte.²⁹ Vorsatz verstarb im September 1992 an einem Herzinfarkt.
- Weidenbach, Heinz-Otto, nach Tätigkeiten als Polizeivollzugsbeamter Verwaltungsangestellter, Maschinist, Hausmeister, Parteiangestellter, seit 1987 "freiberuflicher Journalist", war bis 1992 NPD-Landesvorsitzender.³⁰ Neben Marion Blohm war Weidenbach agitatorisch die "stärkste Person" der DVU-Gruppe in der Bremischen Bürgerschaft.
- Für den verstorbenen Karl-Heinz Vorsatz rückte im Oktober 1992 Elfriede Budina, Jahrgang 1928, Hausfrau, Mitglied der DVU seit 1987, nach.

²⁷ Süddeutsche Zeitung, 5.6.1993.

²⁸ Weser-Kurier, 15.4.1992.

²⁹ Süddeutsche Zeitung, 25.10.1990.

³⁰ Süddeutsche Zeitung, 28.10.1992.

3.2 Die DVU Bremen in der parlamentarischen Arbeit

In der Bremischen Bürgerschaft sind die DVU-Abgeordneten neben ihrem Finanzgebaren und internen Auseinandersetzungen vor allem durch ihre Verweigerung einer kontinuierlichen Parlamentsarbeit aufgefallen. Sie waren zwar in den Plenardebatten in der Regel anwesend, beteiligen sich dort auch, in erster Linie allerdings durch spektakuläre “Fensterreden”. In den Ausschüssen und Deputationen waren sie jedoch entweder überhaupt nicht oder nur selten anwesend. Wenn sie anwesend waren, schwiegen sie. Von politischer Kompetenz und konstruktiver parlamentarischer Arbeit konnte keine Rede sein.³¹ Konkrete Problemlösungen wurden nicht aufgezeigt. Offensichtlich kam es der Partei auch gar nicht darauf an. Im Mittelpunkt stand ein Maximum an Propagandawirkung. Daher war auch ihre Themenliste sehr eng gefaßt. Kernpunkte waren die Ausländerthematik (Asylfragen, Zuwanderungsstopp, Einschränkung der Rechte) sowie “nationale Themen”.

In ihrer parlamentarischen Arbeit war die Fraktion stets abhängig von der Münchener Parteizentrale und von Gerhard Frey. So stammten die Anträge der DVU häufig nicht aus der eigenen Bürgerschaftsfraktion, sondern wurden in der Münchener Zentrale vorgefertigt; Beiträge aus den “nationalen” Parteizeitungen wurden als Redemanuskripte benutzt.³² Durch eine Flut von Anträgen und Anfragen versuchte die DVU, das Parlament zu einer Propaganda- und Agitationsbühne umzufunktionieren und damit arbeitsunfähig zu machen.³³ Dreh- und Angelpunkt der engen Verbindung zu München war der Fraktionsgeschäftsführer Sven Eggers, der als Befehlsübermittler Freys fungierte.

Die mangelnde Teilnahme an der kontinuierlichen parlamentarischen Arbeit in den Ausschüssen war sicherlich zum einen auf die intellektuelle Überforderung der Abgeordneten selbst zurückzuführen, die bis zu ihrem Eintritt in das Parlament kaum über nennenswerte politische Erfahrungen verfügten. Zum anderen zeigte sich hier ein Dilemma der DVU, die nur ein Wahlverein ist, aber keine Partei mit festen politischen Strukturen, gesellschaftlichen Verankerungen in Gruppen und Verbänden oder auch mit

³¹ Zu einer Gesamtbilanz der DVU-Fraktionsarbeit in der Bremischen Bürgerschaft vgl. Jochen Grabler: Mißbrauch des Parlaments – ein Jahr DVU in der Bremischen Bürgerschaft, hrsg. vom Pressedienst Die Grünen in der Bürgerschaft, Bremen, Oktober 1992; sowie deren Fortschreibung: Jochen Grabler/Hermann Kuhn: Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: 2 Jahre Mißbrauch des Parlaments, hrsg. vom Pressedienst Die Grünen in der Bürgerschaft, Bremen, Oktober 1993.

³² Nordsee-Zeitung, 27.8.1992. General-Anzeiger, 19.10.1992.

³³ Süddeutsche Zeitung, 28.10.1992.

funktionierenden Verbindungen zur Verwaltung und einem arbeitsfähigen Fraktionsapparat.³⁴ Entsprechend oberflächlich, inhaltsleer und polemisch-propagandistisch fielen auch ihre Redebeiträge und Anträge aus. Die Abgeordneten kamen in ihren Reden meist nach kürzester Zeit auf das Thema “Ausländer und Asyl”; so nutzten sie die Haushaltsdebatte im August 1992 zu einer mit Verbalinjurien wie z.B. “Scharen von Gaunern fremder Nationalität”, “potentiellen Asyl-Kriminellen” und “Gesindel” durchsetzten Generalabrechnung mit der Asylpolitik der “Altparteien”.³⁵

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die DVU sowohl das Parlament als auch den Auftrag der Wähler mißbrauchte. Die Abgeordneten verweigerten die Arbeit. Weder in den Reden noch in den Anträgen und schon gar nicht im Auftreten der DVU in den Deputationen und Ausschüssen konnte man erkennen, daß sich die DVU um konkrete Problemlösungen auch nur bemühte. Außer in den Plenardebatten beteiligten sie sich nicht an der parlamentarischen Arbeit. Ihr erklärtes Ziel, die knallharte Oppositionsarbeit, beschränkte sich auf spektakuläre Fensterreden.³⁶

3.3 Finanzielle Unregelmäßigkeiten

Die DVU kassierte zeitweise monatlich ca. 55.000 DM Fraktionszuschüsse, ohne selbst – wie zwingend erforderlich – ein Fraktions- oder Wählerbüro zu unterhalten oder eigene Mitarbeiter zu beschäftigen.³⁷ Nach einer zwischenzeitlichen Sperrung der Mittel wurde zumindest formal in Bremerhaven ein Fraktions- und Wählerbüro eingerichtet, so daß ab Oktober 1992 die Zuschüsse rückwirkend nachgezahlt wurden.³⁸

Eine verdeckte, unzulässige Finanzierung von DVU-Aktivitäten auf Bundesebene wurde immer wieder vermutet und im Falle von überregional geschalteten Anzeigen auch aufgedeckt.³⁹ So wies die Bremer Parlamentsverwaltung der DVU nach, mit Steuergeldern Anzeigenkampagnen im Vorfeld der Wahlen in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg finanziert zu haben.⁴⁰ Die hierfür unzulässigerweise gezahlten Anzeigenhonorare mußten als Voraussetzung für die Entsperrung der

³⁴ Vgl. Jochen Grabler/Hermann Kuhn, a.a.O., S. 10.

³⁵ Nordsee-Zeitung, 27.8.1992.

³⁶ Vgl. Jochen Grabler, a.a.O., S. 1.

³⁷ Bremer Nachrichten, 20.3.1992.

³⁸ Süddeutsche Zeitung, 9.10.1992.

³⁹ Bremer Nachrichten, 6.3.1992, 20.3.1992.

⁴⁰ Kieler Nachrichten, 13.8.1992.

Fraktionszuschüsse von den betreffenden Zeitungen des Frey-Imperiums an die Bremer Bürgerschaftsfraktion der DVU zurückgezahlt werden.

Die direkten Verbindungen zwischen der DVU-Zentrale in München und der Bremer DVU-Fraktion gaben darüber hinaus immer wieder Anlaß sowohl zu interner als auch zu Kritik durch die Medien. So wurde der Fraktionsmitarbeiter Sven Eggers lange Zeit aus Fraktions- bzw. Steuermitteln bezahlt, obwohl er seinen Hauptarbeitsplatz in München hatte und dort vor allem als Redakteur für die Deutsche National-Zeitung arbeitete.⁴¹

Wegen Zweckentfremdung von Fraktionszuschüssen mußte die rechtsextreme DVU in der Bremischen Bürgerschaft bereits 1993 über 44.000 DM an das Land zurückzahlen. Monatelang hatten die ehemaligen DVU-Abgeordneten aus der Fraktionskasse jeweils rund 800 DM als "Sicherheitszuschlag" zum Schutz vor Anschlägen rechtswidrigerweise erhalten.⁴²

Die Auseinandersetzungen zwischen der Bremer Parlamentsverwaltung und der DVU bzw. den National-Konservativen um die Zweckentfremdung von Fraktions- bzw. Gruppengeldern gingen bis zur vorzeitigen Auflösung der Bremischen Bürgerschaft im Frühjahr 1995 unvermindert weiter. Sie eskalierten so weit, daß der damalige Bürgerschaftspräsident Klink (SPD) den betroffenen Gruppen im Januar 1995 ein Ultimatum stellte und sie schließlich vor dem Staatsgerichtshof Bremen verklagte. Zum erstem Mal klagte damit ein Parlamentspräsident gegen Abgeordnete des eigenen Parlaments.⁴³ Er tat dies aufgrund entsprechender Finanzprüfungsberichte des Landesrechnungshofs. Abgeordnete der DVU und der National-Konservativen sollen in der Bremischen Bürgerschaft seit 1991 sechsstellige Beträge aus öffentlichen Zuschüssen für unerlaubte Parteienfinanzierung oder private Zwecke mißbraucht haben. So sollen von den rund 950.000 Mark, die die DVU als Fraktion bekommen hatte, laut Prüfbericht allein 400.000 Mark für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben worden sein – finanzielle Mittel, die ausschließlich für die Arbeit der Fraktion vorgesehen waren. Wegen Betrugsverdachts wurde auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.⁴⁴ Im einzelnen war das Geld der DVU nach Feststellungen des Rechnungshofs u.a. für Anzeigen der Deutschen Wochenzeitung und für den Ankauf von Exemplaren dieser Zeitung ausgegeben worden. Insgesamt forderte der

⁴¹ General-Anzeiger, 19.10.1992.

⁴² Frankfurter Rundschau, 5.8.1993.

⁴³ Vgl. Christoph Butterwegge/Lüder Meier: Bremen – das kleinste Bundesland als parlamentarisches Experimentierfeld für extreme Rechte, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.): Rechtsextremisten in Parlamenten, Opladen 1997, S. 90.

⁴⁴ dpa, 3.1.1995.

Vorstand der Bremischen Bürgerschaft von der DVU-Gruppe mindestens 250.000 Mark und von der Gruppe der National-Konservativen mindestens 130.000 Mark.⁴⁵

Da die Bremische Bürgerschaft sich kurz darauf wegen interner Streitigkeiten zwischen den Grünen und den beiden anderen Koalitionspartnern SPD und FDP vorzeitig auflöste, zogen sich die Ermittlungen über das Ende der Legislaturperiode und damit auch der Parlamentszugehörigkeit der DVU/NK-Abgeordneten hin. Am 19. Oktober 1996 verurteilte der Staatsgerichtshof in Bremen – das Verfassungsgericht des Landes – die DVU bzw. die National-Konservativen wegen Zweckentfremdung öffentlicher Mittel zur Rückzahlung von rund 320.000 Mark, von denen 260.000 Mark auf die ehemalige DVU-Fraktion/Gruppe und 60.000 Mark auf die NK-Gruppe in der Bürgerschaft entfielen. Gegen einige Abgeordnete, die der Bürgerschaft falsche Angaben über die Mittelverwendung gemacht hatten, wurde darüber hinaus Strafanzeige wegen Betrugs gestellt.

Neben den schon genannten Zweckentfremdungen waren bei den Ermittlungen noch weitere Kuriositäten ans Tageslicht gekommen, so daß die DVU den Kauf eines Reißwolfs angegeben, in Wirklichkeit aber offenbar eine Waschmaschine erworben hatte.⁴⁶ Ferner monierte der Staatsgerichtshof, daß mehr als 200.000 Mark für angebliche Sachverständige und Honorarkräfte gezahlt worden seien, ohne daß Belege existierten oder sichtbare Arbeitsergebnisse vorlägen. Die NK hatte ihre Gruppenmittel laut Rechnungshof auf ihre drei Abgeordneten aufgeteilt. Die Gelder seien zum Teil für Gartenmöbel oder neue Kleidung für die Ehefrauen mißbraucht worden. Wie schon seit langem vermutet und kritisiert, hatte die DVU, wie der Staatsgerichtshof auf der Grundlage der Prüfberichte des Landesrechnungshofs nochmals feststellte, allein 144.000 Mark dafür mißbraucht, rechtsextreme Zeitungen ihres Parteivorsitzenden Frey kostenlos an mögliche Wähler zu verteilen.⁴⁷ Von den einzufordernden Geldern in Höhe von insgesamt 322.000 Mark ist nach Angaben des früheren Bürgerschaftspräsidenten Klink bis heute nichts zurückgeflossen.⁴⁸

⁴⁵ dpa, 10.1.1995.

⁴⁶ dpa, 19.10.1996.

⁴⁷ Frankfurter Rundschau, 21.10.1996.

⁴⁸ dpa, 2.5.1998.

3.4 Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: Zerwürfnisse, Auflösungen und Neuformierungen

Die Geschichte der DVU-Fraktion bzw. deren einzelner Mitglieder in der Bremischen Bürgerschaft war von Beginn an durch Zerwürfnisse, gegenseitige Verwürfe, Eifersüchteleien und daraus folgende Aus- bzw. Übertritte gekennzeichnet.

Nach Querelen um die Wahl zum Fraktionsvorsitz, auf den er einen Anspruch zu haben glaubte, weil er der Bremischen Bürgerschaft bereits von 1987 bis 1991 als einziger DVU-Abgeordneter angehört hatte, trat Hans Altermann bereits im Oktober 1991 aus der Partei aus und schloß sich der Deutschen Liga an (in der Bremischen Bürgerschaft bezeichnete er sich fortan als "National-Konservativer"). Altermann hatte hiermit auch gegen den Einfluß Freys auf die DVU-Fraktion, insbesondere bei der Wahl der Fraktionsvorsitzenden, protestieren wollen. Proteste gegen Frey waren vor allem auch die Ursache für Parteiaustritte in verschiedenen Bremer Ortsamtsbeiräten (Bezirksvertretungen); insgesamt verlor die DVU schon in den ersten fünf Monaten fünf ihrer elf Sitze in den stadtbremischen Bezirksvertretungen.⁴⁹ Auch einfache DVU-Mitglieder kehrten der Partei den Rücken und berichteten der Presse über das Innenleben der Partei, wobei sie sich über die mangelnde persönliche Glaubwürdigkeit ihrer Spitzenpolitiker beklagten.⁵⁰

So geriet Peter Nennstiel 1992 in die Schlagzeilen, da er mit fast 100.000 DM Jahresgehalt eine Sozialwohnung bezogen hatte. Zulässig wäre dies nur mit einem Jahresgehalt bis zu 34.000 DM gewesen.⁵¹ Nennstiel verließ im Januar 1993 die DVU, weil sie – so seine Begründung – "immer nur auf dem Asylthema herumreitet", und bildete fortan zusammen mit Altermann die "National-Konservative Gruppe".⁵²

Klaus Blome verließ im Juni 1993 vorübergehend die DVU und wollte sich der NK anschließen, kehrte dann aber vorübergehend in die DVU-Gruppe zurück.⁵³ Im Oktober 1993 kehrte er dann der DVU endgültig den Rücken und schloß sich der NK-Gruppe an.

⁴⁹ Bremer Nachrichten, 13.11.1991.

⁵⁰ Die Tageszeitung, 24.8.1992.

⁵¹ Bremer Nachrichten, 23.6.1992. Süddeutsche Zeitung, 21.7.1992.

⁵² Weser-Kurier, 23.1.1993.

⁵³ Zu seinem Austritt: Frankfurter Rundschau, 3.6.1993. Süddeutsche Zeitung, 5.6.1993.

Da in der Bremischen Bürgerschaft (100 Mitglieder) fünf Abgeordnete den Fraktionsstatus begründen, bestand seit Nennstiels Austritt im Januar 1993 keine DVU-Fraktion mehr, sondern lediglich eine DVU-Gruppe - daneben die NK-Gruppe. Mit dem Verlust des Fraktionsstatus sind erhebliche finanzielle Einbußen verbunden gewesen. Während die DVU zeitweilig monatlich etwa 55.000 DM Fraktionszuschüsse erhielt, reduzierten sich diese durch die Austritte und den Verlust des Fraktionsstatus auf rund 25.000 DM pro Monat.⁵⁴ Solange die DVU eine Fraktion bildete, nahm sie auch an den interfraktionellen Besprechungen (Ältestenrat) teil. Hierzu wurden die beiden nach Auflösung der Fraktion bestehenden Gruppen der DVU und NK – im Unterschied zur früheren bremischen Praxis im Falle “grüner Gruppen” – nicht eingeladen.

⁵⁴ Stuttgarter Zeitung, 28.1.1993.

4 Die DVU im Landtag von Schleswig-Holstein 1992 bis 1996

4.1 Personal⁵⁵

Die DVU suchte per Inserat in der “Deutschen National-Zeitung” vom 11. Oktober 1991 nach Kandidaten für die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 5. April 1992. Wer auch “zur stetig wachsenden Zahl von Deutschen” gehöre, “die am liebsten die herrschenden Politiker aus den Parlamenten werfen” würden, solle seine Bereitschaft zur Landtagskandidatur auf einem “Meldezettel” erklären.⁵⁶ Die DVU-Landesliste wurde am 9. November 1991 nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit aufgestellt. Unter den Kandidaten dominierten Arbeiter. Nicht nur bei der Kandidatennominierung, sondern auch im Wahlkampf entzog sich die DVU weitgehend der öffentlichen Auseinandersetzung. Sie beschränkte sich auf Postwurfsendungen sowie auf Spots im Fernsehen und im Hörfunk. Plakatiert wurde vor allem in sozialen Problemzonen. Der Wahlkampf wurde von München aus geplant und gesteuert, die Kandidaten vor Ort konnten keinen Einfluß nehmen.⁵⁷

Die meisten DVU-Parlamentarier hatten einen regulären sozialen und beruflichen Hintergrund. Politisch waren sie vor ihrem DVU-Engagement kaum in Erscheinung getreten. Sie verfügten zumeist kaum über praktisch-politische Erfahrung und Sachverstand.

Fraktionsvorsitzender:

- Stawitz, Ingo, Jahrgang 1950, Ausbildung zum Tiefdruckfarbretuscheur, arbeitete in verschiedenen Tiefdruckereien, zuletzt als Verkaufssachbearbeiter, bis zum 24. November 1992 Landesvorsitzender der DVU Schleswig-Holstein, bis zum 26. Mai 1993 DVU-Fraktionsvorsitzender im Landtag, galt dort als “starker Mann”, seit dem 26. Oktober 1993 Vorsitzender der Fraktion der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), am 11. November 1993 in den Landesvorstand der DLVH Schleswig-Holstein gewählt, am 14. November 1993 in den Bundesvorstand.

⁵⁵ Vgl. zum folgenden: Handbuch des Landtags Schleswig-Holstein für die 13. Wahlperiode. Die Zeit, 15.9.1995. Kieler Nachrichten. 21.3.1996, 6.9.1995. Matthias Schmidt, a.a.O., Münster 1997. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): “Deutsche Volksunion” (DVU). Strukturanalyse einer rechtsextremistischen Partei, Köln, Mai 1998.

⁵⁶ Zitiert nach Matthias Schmidt, a.a.O., S. 86 f.

⁵⁷ Vgl. hierzu das Interview mit Jörg Fischer, in: Die Tageszeitung, 8.6.1998.

stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

- Friese, Benvenuto, Jahrgang 1928, mittlere Reife, gelernter Drogist, Kaufmann, Herstellung, Vertrieb und Import von Holzspielzeug, Mitglied des DVU-Landesvorstandes Schleswig-Holstein, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, nach Auflösung der DVU-Fraktion Eintritt in die DLVH am 21. Oktober 1993, parlamentarischer Geschäftsführer der DLVH-Fraktion, Anfang Juli 1995 Rücktritt als parlamentarischer Geschäftsführer und Austritt aus der DLVH, schloß sich erneut der DVU an.
- Köhler, Renate, Jahrgang 1938, kaufmännische Angestellte, Hausfrau, Beisitzerin im Bundesvorstand der DVU, nach Austritt aus der DVU-Fraktion am 30. April 1993 fraktionslos, vertrat als Abgeordnete weiterhin die DVU, kandidierte zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1996 auf Platz 2 der DVU-Landesliste.

weitere Fraktionsmitglieder:

- Schachtschneider, Ingo,⁵⁸ Jahrgang 1959, Hauptschule, Arbeiter, Umschulung zum Computerfachmann Software, seit 1989 Vorsitzender des DVU-Kreisverbandes Steinburg, vom 26. Mai 1993 bis 25. Oktober 1993 fraktionslos, ab 26. Oktober 1993 DLVH, stellvertretender Vorsitzender der DLVH-Fraktion.
- Thienemann, Helmut Werner, Jahrgang 1936, mittlere Reife, Industriekaufmann, Betriebswirt (HWF), seit 1987 als Angestellter im Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein tätig,⁵⁹ parlamentarischer Geschäftsführer der DVU-Fraktion, nach Austritt aus der DVU-Fraktion 1993 fraktionslos, schloß sich der DVU 1995 wieder an. Vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1996 wurde Thienemann trotz des vorangegangenen Zerwürfnisses mit Gerhard Frey auf Platz 5 der DVU-Landesliste nominiert. Frey hatte an Thienemann geschrieben, nachdem dieser der DVU-Fraktion den Rücken gekehrt hatte: "Sie sind nach einem nicht von Erfolg gekennzeichneten Leben von mir für einen vorderen Listenplatz der DVU-Liste vorgeschlagen [...] und ins Parlament geschwemmt worden [...] Ihre Nominierung haben Sie erschlichen unter Verschweigen Ihrer schweren physischen und psychischen Leiden. Gezeichnet Dr. Frey."⁶⁰

⁵⁸ Schachtschneider rückte am 4. Juni 1992 für den verstorbenen Abgeordneten Manfred Clasen nach.

⁵⁹ Kieler Nachrichten, 21.3.1996.

⁶⁰ Zitiert nach: Kieler Nachrichten, 21.3.1996.

Thienemann schilderte Frey im Gegenzug als “menschenverachtend” und geldgierig.⁶¹

- Voss, Karin, Jahrgang 1923, medizinisch-technische Assistentin, Hausfrau, Rentnerin, Mitglied der DVU seit 1987, Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises “Familie”, nach Auflösung der DVU-Fraktion 1993 DLVH, Vorsitzende des Arbeitskreises “Familie und Soziales” der DLVH-Fraktion.

4.2 Die DVU Schleswig-Holstein in der parlamentarischen Arbeit

In der parlamentarischen Arbeit der DVU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag zeigen sich deutliche Parallelen zu der in Bremen, denn auch hier kann mit guten Gründen von “Arbeitsverweigerung” gesprochen werden. Zwar nahmen die Abgeordneten an den Plenarsitzungen relativ regelmäßig teil und meldeten sich dort auch zu Wort; in den acht Ausschüssen des Landtags waren sie jedoch nur selten anwesend und wenn überhaupt, schwiegen sie.⁶² Es war nicht zu erkennen, daß sie sich ernsthaft um sachgerechte Beiträge, geschweige denn um Überlegungen zu Problemlösungen bemühten.⁶³

Statt dessen versuchten sie, die politische Arbeit des Landtags durch eine wahre Antrags- und Anfragenflut zu blockieren.⁶⁴ Bevorzugte Themen waren die Asyl- und Ausländerpolitik. Im Zeitraum vom Mai 1992 bis zur Auflösung der DVU-Fraktion am 26. Mai 1993 bezogen sich 37 Prozent der Anfragen und 24,5 Prozent der Anträge auf diese Bereiche.⁶⁵ So wurde die Forderung nach Untersuchung aller Asylbewerber auf “Seuchen und ansteckende Krankheiten” und nach sofortigem, völligem “Zuzugsstopp für Asylbewerber” erhoben und gefragt, ob die Landesregierung der Auffassung sei, “daß bei einer weiteren Zunahme der Asylsuchenden und der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien die organisierte Ausländerkriminalität ansteigt?”⁶⁶

⁶¹ Kieler Nachrichten, 21.3.1996.

⁶² Die Tageszeitung, 4.9.1993. Dithmarscher Landeszeitung, 5.11.1993.

⁶³ Kieler Nachrichten, 5.11.1992.

⁶⁴ Die Welt, 4.9.1992.

⁶⁵ Übersicht über Themenkomplexe der DVU-Anfragen und -Anträge für diesen Zeitraum, erarbeitet von der CDU-Landtagsfraktion.

⁶⁶ Das Parlament, 13.11.1992. Die Welt, 4.9.1992.

Solche die Ausländer verletzenden Positionen wurden auch in den Redebeiträgen im Plenum vertreten: “Deutsche Kinder werden nicht mehr richtig gefördert, weil unsere Schulen durch Ausländer überlastet sind. Das Niveau sinkt. Leidtragende sind die deutschen Kinder.”⁶⁷ Hieraus leitete der Fraktionsvorsitzende Stawitz die Forderung nach getrennten Schulklassen ab: “Getrennte Klassen deswegen, weil die ausländischen Kinder nicht einfach vermengt werden dürfen oder sollen mit unseren Kindern.”⁶⁸ Die DVU spricht sich also für Bildungs-Apartheid nach dem Muster der südafrikanischen Apartheid aus.

Ständiges Thema im Landtag war der “Asylbetrug”, dem die anderen Parteien aus DVU-Sicht “Vorschub leisten”⁶⁹. Die DVU unterstellt CDU und SPD also, sie führten den Mißbrauch des Asylrechts gezielt herbei. Sie geht dabei so weit, daß sie die Politiker der “etablierten” Parteien dafür “bestrafen” will.⁷⁰ Die Stellungnahmen der DVU zur Asylproblematik im Landtagsplenum sind Legion: “Während Asylbetrüger aus aller Herren Länder die öffentlichen Kassen in der Bundesrepublik plündern, fehlt Geld für ein ausreichendes Gesundheitswesen in Deutschland.”⁷¹ Oder: “Durch entschlossene Maßnahmen gegen Asylbetrug und Überfremdung werden die Mittel frei, die zur Rettung und zur Neubelebung des deutschen Bauernstandes dringend erforderlich sind.”⁷² Und: “Der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sind drastische Sparmaßnahmen verordnet worden, weil die Herrschenden Geld benötigen, um die Wünsche ausländischer Mächte zu befriedigen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Ausländer lehnen wir ab.”⁷³ An anderer Stelle heißt es: “Die Engholm-Regierung hat ihre Großzügigkeit gegenüber rumänischen Zigeunern, die sich als Asylbewerber einschleichen, zur Genüge unter Beweis gestellt.”⁷⁴ In Stellungnahmen wie diesen wird systematisch Volksverhetzung betrieben und Ausländerhaß geschürt.

Ein besonderer Schwerpunkt der DVU waren parlamentarische Initiativen, welche die Verbrechen des Nationalsozialismus und die deutsche Kriegsschuld relativierten. Großes Aufsehen erregte ein Antrag der DVU-Fraktion, in dem die “Reinigung der Schulbücher von antideutschem Schmutz und Schund” gefordert wurde. Begründet wurde dieser Antrag mit

⁶⁷ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 3.6.1992.

⁶⁸ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 27.8.1992.

⁶⁹ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 26.8.1992.

⁷⁰ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 26.8.1992.

⁷¹ Karin Voss im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 9.9.1992.

⁷² Benvenuto Friese im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 10.9.1992.

⁷³ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 10.9.1992.

⁷⁴ Benvenuto Friese im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 27.8.1992.

“bahnbrechenden Erkenntnissen” von Zeithistorikern, die Deutschland “von der Kriegsschuld entlasten” würden. Die Parlamentspräsidentin, Ute Erdsiek Rave, lehnte es ab, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.⁷⁵ In den Formulierungen der DVU wird das Vokabular aufgenommen, das die Nationalsozialisten zur Legitimation ihres Vorgehens gegen Andersdenkende, insbesondere gegen die Intellektuellen in Deutschland, benutzten. Die Kriegsschuld des Nazi-Regimes wird, wie in den Zeitungen von Gerhard Frey, bis zur Leugnung heruntergespielt.

Auf demselben intellektuellen Niveau liegt die Aktion der DVU im früheren Konzentrationslager Neuengamme bei Hamburg. Hier ließ die DVU-Fraktion einen Kranz mit der Aufschrift “Den Opfern der Gewaltherrschaft und des alliierten Terrors” niederlegen.⁷⁶ Die Formulierung läßt bewußt offen, welche Gewaltherrschaft gemeint ist. Es wird nicht ausdrücklich von der “nationalsozialistischen Gewaltherrschaft” gesprochen. Der Unterschied zwischen Ursache und Wirkung im Ablauf des Zweiten Weltkrieges wird durch die Formulierung “alliierten Terrors” bewußt verwischt. Die systematische Massenvernichtung von Millionen von Menschen und das schreckliche Massensterben durch Kriegshandlungen werden hier auf eine Stufe gestellt. Dabei handelt es sich nicht um die historische Aufarbeitung kritikwürdiger alliierter Kriegshandlungen, sondern vielmehr um den Versuch, deutsche NS-Verbrechen zu verharmlosen. Damit wird auch den Opfern des Nationalsozialismus die Ehre genommen.

Der DVU-Aktion in Neuengamme war ein heftiger Streit zwischen der DVU und den anderen Fraktionen über eine bereits während des Zweiten Golfkrieges 1991 vereinbarte Israel-Reise des Landtags vorangegangen. Die DVU weigerte sich, an der Reise teilzunehmen. Auch der Kranzniederlegung in Neuengamme ging eine Auseinandersetzung voraus, denn die DVU hatte darauf verzichtet, an einem gemeinsamen Besuch der KZ-Gedenkstätte am 16. September 1992 teilzunehmen und zur Begründung angeführt, es habe “juristisch ungesühnte und zeitgeschichtlich nicht hinreichend aufgearbeitete Holocaust-Verbrechen der Siegermächte”⁷⁷ gegeben. Im Gegenzug ließ die rechtsextremistische Fraktion, noch vor dem Besuch der Landtagsdelegation,

⁷⁵ Hamburger Abendblatt, 3.8.1992. Kieler Nachrichten, 3.9.1992. Lübecker Nachrichten, 2.9.1992. Kölner Stadt-Anzeiger, 1.12.1992. Holsteinischer Courier, 3.8.1992.

⁷⁶ Kölner Stadt-Anzeiger, 1.12.1992.

⁷⁷ Pressemitteilung der DVU-Fraktion vom 15.9.1992.

den Kranz – aus Furcht vor Übergriffen – durch Dritte niederlegen. Der Kranz wurde sofort wieder entfernt.⁷⁸

In die gleiche Richtung wie die eigenmächtige und provozierende Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Neuengamme zielte ein Beitrag des Abgeordneten Stawitz im Landtag am 3. Juni 1992, in dem er der bereits erwähnten Israel-Reise einer Landtagsdelegation auch einen “positiven” Aspekt abgewinnt: “Yad Vashem könnte Anregungen liefern für eine ähnliche zentrale Gedenkstätte in Deutschland zu Ehren Millionen deutscher Opfer alliierter Holocaust-Verbrechen, z.B. Vertreibung, Bomben-Holocaust, Fortführung des KZ-Unrechts durch die Sieger in Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen.”⁷⁹

Für die DVU stellt die deutsche Vereinigung 1990 nur eine Zwischenetappe dar. Eines der wichtigsten politischen Ziele der Partei sind weitere Grenzkorrekturen. Die völkerrechtlich gültigen Grenzen der Bundesrepublik werden nicht anerkannt. Die Realität des Verlustes der ehemaligen Ostgebiete, in denen bereits mehrere Generationen polnischer und russischer Bevölkerung herangewachsen sind, wird schlicht geleugnet: “Das teilvereinigte Deutschland muß sich politisch auch nach Osten ausrichten und den Beitritt der Länder jenseits von Oder und Neiße vorbereiten. [...] Die Einheit Deutschlands ist aber noch nicht abgeschlossen.”⁸⁰ Und: “Ostpreußen ist ein Teil Deutschlands, das von der DVU-Fraktion entwickelte Förderprogramm 'Deutsches Ostpreußen' soll ein erster Schritt zur Wiedergewinnung der deutschen Souveränität in Ostpreußen sein.”⁸¹ Und noch deutlicher: “Wir sagen 'Pommern, Schlesien und Ostpreußen' sind deutsch! Nicht wir erheben Gebietsansprüche, sondern die Polen.”⁸² Weiter heißt es, auch das Sudetenland werde seinen Beitritt zu Deutschland erklären.⁸³

Die parlamentarischen Initiativen der DVU bringen deren Sorge um die “deutsche[n] Volkssubstanz”⁸⁴ zum Ausdruck. Hinter Äußerungen wie dieser verbirgt sich ein Weltbild, das an Einheit, Stärke, Macht und innerer Geschlossenheit des deutschen Volkes ausgerichtet ist. Kernelemente sind Gemeinschaft und Volk. Abgelehnt wird dagegen der Pluralismus, der zum

⁷⁸ Süddeutsche Zeitung, 25.11.1992.

⁷⁹ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 3.6.1992.

⁸⁰ Helmut Werner Thienemann im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 27.8.1992.

⁸¹ Helmut Werner Thienemann im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 3.6.1992.

⁸² Helmut Werner Thienemann im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 26.8.1992.

⁸³ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 27.8.1992.

⁸⁴ Benvenuto Friese im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 30.10.1992.

“Schlagwort”⁸⁵ degradiert wird und der “Bindungslosigkeit bis zur Entwurzelung” hervorrufe. Der Bezug zu Volk und Heimat gehe völlig verloren. Das Gesagte läßt sich nur so deuten, daß die DVU die “Bindungslosigkeit” in einer starken Volksgemeinschaft überwinden will. Alles Fremde wird als Bedrohung der völkischen Ordnung wahrgenommen. In diesem Sinne wurde im Landtagsplenum die Ansicht vertreten: “Die Bewahrung des eigenen Volkstums ist eine Gewährleistung für die Stabilität einer Gemeinschaft.”⁸⁶ Ein Mittel ist hierbei offenbar eine von fremden Einflüssen bereinigte Sprache, wenn in einem parlamentarischen Antrag gefordert wird, “die deutsche Muttersprache [...] durch gesetzliche Regelung vor Verfälschung, Zerrüttung und Amerikanismen zu schützen”⁸⁷.

Die geistige Nähe zur “Blut- und Boden-Ideologie” der Nationalsozialisten wird deutlich, wenn von der “Neubelebung des deutschen Bauernstandes” die Rede ist: “In den nächsten Jahren werden die Gebiete des deutschen Ostens den Beitritt zu Deutschland erklären. Was die Kommunisten zugrunde richteten, wird durch deutsche Hand, vor allem durch die Hände deutscher Bauern, wieder neu erblühen.”⁸⁸ Geradezu grotesk wirken die DVU-Träume von einem neuen Großdeutschland, wenn nach der Zahl der “Dienstreisen der Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesregierung während der 12. Wahlperiode ins Ausland (ohne Österreich)” gefragt wird.⁸⁹

Inhalt und Sprache der parlamentarischen Arbeit der DVU, aber auch ihr Verhalten außerhalb des Landtags, waren Gegenstand einer großen, bundesweit beachteten Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 30. Oktober 1992. Diese Debatte, die auf Antrag der CDU, der FDP, der SPD und von Karl Otto Meyer (SSW) zustandekam, und als Sternstunde des Parlaments bezeichnet wurde, stand unter dem Thema: “Nationalsozialistische Gewaltverbrechen und der neue Rechtsextremismus von DVU und anderen Organisationen”⁹⁰.

Der CDU-Abgeordnete und frühere Kultusminister Peter Bendixen erinnerte an den Reichskanzler der Weimarer Republik, Joseph Wirth (Zentrum), der 1922 nach der Ermordung Walther Rathenaus durch zwei Offiziere der

⁸⁵ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 30.10.1992.

⁸⁶ Karin Voss im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 30.10.1992.

⁸⁷ Drucksache 13/548 vom 19.11.1992.

⁸⁸ Benvenuto Friese im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 10.9.1992.

⁸⁹ Das Parlament, 13.11.1992.

⁹⁰ Sonderdruck des Landtags von Schleswig-Holstein: “Nationalsozialistische Gewaltverbrechen und der neue Rechtsextremismus von DVU und anderen Organisationen” - Debatte des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 30.10.1992, hrsg. von der Landtagspräsidentin, Kiel, Dezember 1992.

rechtsextremen “Organisation Consul” ausrief: “Da steht er, der Feind des Volkes, und träufelt sein Gift in die Wunden des Volkes, und dieser Feind steht rechts!” Bendixen warf der DVU vor, sie spiele Unrecht und Gewalt herunter, durch sie hätten Haßtiraden wieder Eingang in ein deutsches Parlament gefunden, und ihr Denken sei durch dumpfe Deutschtümelei geprägt, die “völkisch nach Osten dringt”⁹¹.

Im November 1994 revanchierte sich die letzte in der DVU verbliebene Abgeordnete Renate Köhler, die in einem von mehreren Ordnungsrufen unterbrochenen Redebeitrag anlässlich einer Geschichtsdebatte ausrief: “Auch Sozialdemokraten gehörten zu den Wegbereitern der NS-Diktatur”⁹². Daraufhin wurde sie des Saales verwiesen. Der Vorsitzende der DLVH-Fraktion, Ingo Stawitz, bekam einen Ordnungsruf, weil er die Äußerungen Köhlers verteidigte.⁹³

Die DVU äußerte sich nicht nur verleumderisch und verächtlich über die anderen Parteien und ihre Repräsentanten, sondern dehnte ihre verbalen Attacken auf das gesamte politische System aus, wobei sie auch noch andere Staaten beleidigte: “Deutschland ist mancherorts wie ein Balkanstaat heruntergekommen.”⁹⁴ In der Grundsatzdebatte des Schleswig-Holsteinischen Landtags über den Rechtsextremismus der DVU diffamierte die DVU den CDU-Fraktionsvorsitzenden Ottfried Hennig auf das Heftigste: “Wundern würde es mich nicht, wenn Dr. Hennig seine eigene Heimat verleumden würde. Vielleicht für seine Parteipolitik?”⁹⁵

Nach der Auflösung der DVU-Fraktion im Mai 1993 und der Konstituierung der DLVH-Fraktion im Oktober 1993⁹⁶ ließen die parlamentarischen Aktivitäten der früheren DVU-Abgeordneten erheblich nach. Von der DVU-Zentrale in München wurde fortan nur noch die Abgeordnete Renate Köhler unterstützt. Von ihr stammten in dieser Zeit die meisten parlamentarischen Initiativen. Als fraktionslose Abgeordnete war Frau Köhler kaum weniger “fleißig”, als vorher mit der DVU-Fraktion im Rücken. Aber schon ihre Art und Weise, die Anträge im Parlament zu begründen, und der Redestil deuteten darauf hin, daß die parlamentarischen Initiativen nicht von ihr stammten,

⁹¹ Ebd., S. 27-32. Vgl. auch Das Parlament, 13.11.1992. Süddeutsche Zeitung, 25.11.1992. Kölner Stadt-Anzeiger, 1.12.1992.

⁹² Zitiert nach: dpa, 10.11.1994.

⁹³ Holsteinischer Courier, 11.11.1994.

⁹⁴ Ingo Stawitz im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 11.9.1992.

⁹⁵ Karin Voß im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 27.8.1992.

⁹⁶ Diese wurde von vier früheren DVU-Parlamentariern gebildet. Siehe im einzelnen unten S. 43 ff.

sondern in München formuliert worden waren.⁹⁷ Auch wenn sich Köhler bemühte, ihr politisches Themenspektrum zu erweitern, blieb die Ausländer- und Asylproblematik im Zentrum ihrer Aktivitäten. Andere Themen wurden systematisch mit dem Schwerpunkt verknüpft. So wurden die Initiativen zum Thema Kriminalität immer in einen engen Zusammenhang mit Ausländern gestellt.⁹⁸

Trotz ihrer Fraktionsprivilegien kamen die DLVH-Abgeordneten nicht an die Produktivität der DVU-Abgeordneten heran. Mit Ausnahme von Ingo Stawitz nahmen sie nur noch Statistentrollen ein. Auch wenn die Fraktion der DVU zerbrochen war, standen sich die sechs zerstrittenen rechtsextremen Abgeordneten weltanschaulich weiterhin nahe. Dies wurde z.B. daran deutlich, daß man einander im Parlamentsplenum Beifall spendete. Außerdem pflegte man einen kooperativen Umgang untereinander. Dieses Verhalten galt jedoch nicht zwangsläufig bei Abstimmungen.⁹⁹

Das bereits für Bremen gezogene Fazit bestätigte sich auch in Schleswig-Holstein. Die DVU mißbrauchte das Parlament für ihre Parteipropaganda und "Fensterreden", deren Formulierungen häufig aus München vorgegeben wurden. Auf kontinuierliche, ernsthafte politische Arbeit kam es ihr nicht an. Die Vielzahl parlamentarischer Initiativen, mit denen die Fraktion den Landtag 1992-1993 überschüttete, war fast ausschließlich rechtsextremistischen Inhalten gewidmet. Der Sorgen und Nöte der Bürger nahmen sich die DVU-Abgeordneten dagegen nicht an. Um konkrete Problemlösungen in der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bemühten sie sich zu keiner Zeit. Außer in den Plenardebatten beteiligten sie sich kaum an der parlamentarischen Arbeit. Weder ihr politischer Stil noch die Art des Auftretens wies die DVU-Parlamentarier als seriös aus.

4.3 Finanzielle Unregelmäßigkeiten

Der leichtfertige Umgang mit öffentlichen Mitteln gehörte bei der DVU im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum politischen Alltag. Unregelmäßigkeiten mit den aus Steuergeldern gezahlten Fraktionszuschüssen waren an der Tagesordnung. Eine Prüfung durch den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein ergab, daß die Kieler DVU-Fraktion

⁹⁷ Holsteinischer Courier, 11.11.1994. Vgl. auch Matthias Schmidt, a.a.O., S. 152 f.

⁹⁸ Vgl. Matthias Schmidt, a.a.O., S. 155 f.

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 151.

im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit sechs überteuerte Anzeigen in der "Deutschen Wochen-Zeitung" von Gerhard Frey schaltete, für die sie 181.975 Mark ausgab.¹⁰⁰ Die Fraktionsanzeigen hatten 1994 ein gerichtliches Nachspiel, das zeigt, mit welch harten Bandagen zwischen der rechtsextremen DVU und abtrünnigen Fraktionsmitgliedern um Geld gestritten wurde. Eine Klage von Gerhard Frey gegen Ingo Stawitz wegen zweier nicht bezahlter Anzeigen im Wert von 64.000 Mark wurde im Juni 1994 vom Landgericht Itzehoe zurückgewiesen. Die Anzeigen waren kurz vor dem Zerbrechen der Kieler DVU-Fraktion geschaltet und nicht mehr bezahlt worden. Das Gericht entschied, daß die (nicht mehr bestehende) DVU-Fraktion bis zur Höhe des Fraktionsvermögens, nicht aber Stawitz persönlich, haftbar zu machen sei.¹⁰¹

Die DVU-Fraktion begnügte sich aber nicht mit Anzeigen; zusätzlich wurden für 100.000 Mark 12.000 kostenlose Werbeexemplare von Freys Zeitungen in Norddeutschland verteilt.¹⁰² Ferner wurden über den Versandhandel des DVU-Chefs Bücher, Karten, Videos und Wappen im Wert von rund 10.000 Mark bestellt. Die Bücher trugen Titel wie: "Asyl-Betrug und Überfremdung", "Nationalmasochismus", "Ritterkreuzträger der Waffen-SS" oder "Stuka-Oberst Rudel".¹⁰³ Nach Angaben des damaligen Fraktionsvorsitzenden Stawitz waren sie dazu gedacht, "Fakten" für die politische Schwerpunktarbeit, "die Aufdeckung der Geschichtslügen" und die "Beseitigung des Asylmißbrauchs" greifbar zu machen.¹⁰⁴

Die Fraktion hat die Münchener DVU-Zentrale damit sicher indirekt finanziell unterstützt. Die Anzeigenkampagnen und Bestellungen können als Teilausgleich dafür angesehen werden, daß der Münchener Verleger den vor allem aus Postwurfsendungen und Anzeigen bestehenden DVU-Wahlkampf in Schleswig-Holstein und Bremen, wie später in Hamburg und Sachsen-Anhalt, mit Millionenbeträgen finanzierte.¹⁰⁵

Der Landesrechnungshof Schleswig-Holstein warf der DVU bereits 1994 in seinem Sonderbericht zum Finanzgebaren der DVU-Fraktion die Zweckentfremdung von Steuergeldern und verdeckte Parteifinanzierung

¹⁰⁰ Kieler Nachrichten, 13.7.1994.

¹⁰¹ Holsteinischer Courier, 25.6.1994. Lübecker Nachrichten, 25.6.1994.

¹⁰² Holsteinischer Courier, 25.6.1994, 8.6.1996, Der Spiegel, 18.7.1994, 4.5.1998. Das Parlament, 22./29.7.1994.

¹⁰³ Kieler Nachrichten, 13.7.1994.

¹⁰⁴ Zitiert nach: Kieler Nachrichten, 13.7.1994.

¹⁰⁵ Kieler Nachrichten, 13.8.1992. Lübecker Nachrichten, 11.8.1992. dpa, 26.9.1997, 27.4.1998. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.1998.

vor.¹⁰⁶ Nachdem er sich im Mai 1993 mit dem DVU-Chef, Gerhard Frey, und dem Bundesvorstand überworfen hatte, bestätigte der frühere Fraktionsvorsitzende Stawitz diese Praktiken. Stawitz schätzt, daß rund 270.000 Mark aus Fraktionszuschüssen und Abgeordnetendiäten in die Münchener Parteikasse geflossen seien.¹⁰⁷

Die sechs DVU-Abgeordneten betrachteten die Fraktionskasse offenbar als einen Selbstbedienungsladen. Das Finanzgebaren der Fraktionen stand dabei in einem krassen Widerspruch zur ständigen Kritik der DVU an der staatlichen Parteienfinanzierung und an den "etablierten Geldparteien"¹⁰⁸. Die Kieler DVU-Abgeordneten waren besonders erfindungsreich, wenn es darum ging, die eigene Alimentierung zu erhöhen. Alle DVU-Abgeordneten übernahmen besondere Funktionen, die ihnen beträchtliche Zulagen zu ihren Grunddiäten bescherten. So fungierten in der sechsköpfigen Fraktion, neben dem Vorsitzenden Ingo Stawitz und dem parlamentarischen Geschäftsführer Helmut Werner Thienemann, gleich drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, die zu ihrer monatlichen Abgeordnetenentschädigung von 6.360 DM einen Aufschlag von 30 Prozent, also 1.908 DM, erhielten. Der Fraktionsvorsitzende Stawitz konnte seine Grunddiät sogar um 125 Prozent steigern, Thienemann um 75 Prozent. Karin Voss erhielt als Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises "Familie" einen Zuschlag von 20 Prozent.¹⁰⁹

Die Praxis der anderen Fraktionen im Landtag war erheblich maßvoller als die der DVU. So verfügten die CDU- und die SPD-Fraktion bei 32 bzw. 45 Mitgliedern über genausoviele stellvertretende Fraktionsvorsitzende wie die sechsköpfige DVU-Fraktion. Die aus fünf Abgeordneten bestehende FDP-Fraktion gab sich mit einem Stellvertreter zufrieden. Möglicherweise benötigten die DVU-Parlamentarier und deren Mitarbeiter die erhöhten Diäten bzw. überhöhten Gehälter, um Teile ihrer Alimentierung ohne allzu große persönliche Einbußen an die DVU-Zentrale abführen zu können. Der frühere DVU-Abgeordnete Thienemann berichtete, der Kieler Fraktionsgeschäftsführer Sahling und andere Fraktionsmitarbeiter hätten bis zu 50 Prozent ihres Gehaltes "nach München rübergereicht"¹¹⁰. Frey habe

¹⁰⁶ Süddeutsche Zeitung, 14.7.1994. Vgl. auch Holsteinischer Courier, 9.10.1992. Lübecker Nachrichten, 7.11.1992.

¹⁰⁷ Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 28.5.1993. Der Spiegel, 18.7.1994. Süddeutsche Zeitung, 22.1.1994.

¹⁰⁸ Karin Voß im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 30.10.1992.

¹⁰⁹ Süddeutsche Zeitung, 25.11.1992. dpa, 28.4.1998.

¹¹⁰ Zitiert nach: Der Spiegel, 14.6.1993.

auch verlangt, daß die Abgeordneten 20 Prozent ihrer Diäten und Fraktionszuschläge (bis 125 Prozent) an die Parteizentrale abführten.¹¹¹

Dazu gönnte sich die DVU-Fraktion einen völlig überdimensionierten Mitarbeiterstab, bestehend aus einem Fraktionsgeschäftsführer und seinem Stellvertreter, einem Fraktionsassistenten, zwei Referenten und zwei Sekretärinnen. Für sechs Parlamentarier waren also sieben Mitarbeiter tätig.¹¹² Der Landesrechnungshof kam außerdem zu der Einschätzung, daß in der kleinen Fraktion völlig überhöhte Gehälter gezahlt wurden.¹¹³ So bezog der Fraktionsgeschäftsführer Ernst Sahling aufgrund einer Entscheidung der DVU-Bundespartei 13.630 Mark brutto im Monat und damit mehr, als ein Staatssekretär des Landes verdient.¹¹⁴ Auch sonst stand der Umgang mit öffentlichen Geldern in krassem Widerspruch zur DVU-Wahlkampfrhetorik. Ein Abgeordneter erhielt im Juni 1992 ein zinsloses Darlehen in Höhe von 14.000 Mark aus Fraktionsmitteln.¹¹⁵

Die DVU-Abgeordneten befanden sich in einem regelrechten Kaufrausch. Aus ihren Fraktionsmitteln tätigten sie umfängliche Anschaffungen im Gesamtwert von rund 110.000 Mark.¹¹⁶ So wurden elf Fax-Geräte, vier Mobiltelefone, eine Videokamera und sieben Radios gekauft. Ebenfalls aus Fraktionsmitteln wurden jeweils 1.000 Kugelschreiber und Feuerzeuge mit Werbeaufdrucken angeschafft. Nicht nur bei diesen Käufen blieb der Bezug zur Fraktionsarbeit im Dunkeln. So stießen die Finanzprüfer zusätzlich auf eine Bestellung über 13 Bundesdienstflaggen, sowie 13 Dienstflaggen des Landes Schleswig-Holstein nebst 24 Flaggenständern.¹¹⁷ Außerdem seien etliche Büromöbel und elektronische Geräte beim Auseinanderfallen der DVU-Fraktion und der Neuformierung als DLVH zunächst verschwunden¹¹⁸ und erst verspätet wieder zurückgegeben worden. Bei der Auflösung der DVU-Fraktion im Mai 1993 stand die Rückgabe von Gegenständen im Anschaffungswert von rund 35.000 Mark aus.¹¹⁹ Die Zuschüsse an die neue Fraktion der DLVH wurden von der Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave

¹¹¹ Der Spiegel, 14.6.1993.

¹¹² Der Spiegel, 18.7.1994.

¹¹³ Süddeutsche Zeitung, 30.4.1998.

¹¹⁴ Holsteinischer Courier, 8.6.1996. dpa, 12.7.1994. Das Parlament, 22./29.7.1994.

¹¹⁵ Der Spiegel, 18.7.1994. Süddeutsche Zeitung, 14.7.1994.

¹¹⁶ Vgl. die Pressemitteilung des Landtags von Schleswig-Holstein vom 28.10.1993. Vgl. auch dpa, 26.4.1998.

¹¹⁷ Kieler Nachrichten, 13.7.1994. dpa, 12.7.1994. Das Parlament, 22./29.7.1994.

¹¹⁸ Süddeutsche Zeitung, 30.4.1998.

¹¹⁹ Vgl. die Pressemitteilung des Landtags von Schleswig-Holstein vom 28.10.1993. Vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 22.1.1994.

daraufhin um 25 Prozent gekürzt. Durch diese Kürzung, die vor Gericht Bestand hatte,¹²⁰ sparte der Landtag 400.000 Mark.¹²¹

Ein Ermittlungsverfahren der Kieler Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue und Unterschlagung gegen frühere DVU-Abgeordnete wurde erst im Juni 1996 eingestellt, nachdem die gesamte Büroausstattung, bis auf eine Videokamera, an die Landtagsverwaltung zurückgegeben worden war. Allerdings lief ein Ermittlungsverfahren gegen den früheren DVU-Fraktionsgeschäftsführer Ernst Sahling wegen der unzulässigen und übersteuerten Anzeigen in der "Deutschen Wochenzeitung" weiter. In diesem Zusammenhang wurden im November 1995 auf richterliche Anweisung, neben Geschäftsräumen des Münchener DSZ-Verlages, erstmals in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein auch Abgeordnetenbüros staatsanwaltschaftlich durchsucht.¹²² Die Staatsanwaltschaft kam zu der Einschätzung, "daß die Auftragserteilung an den DSZ-Verlag allein und eigenmächtig von Sahling vorgenommen" worden sei. Der damalige Fraktionsvorsitzende Ingo Stawitz habe offenbar nicht einmal gewußt, wieviele und welche Anzeigen geschaltet worden seien.¹²³ Sahling, der bis kurz vor Zerburchen der Fraktion im Amt war, sei von Frey "ohne eigentliche Willensbildung oder Mitsprache der Fraktion eingesetzt" worden.¹²⁴ Auch hieran wird deutlich, daß die politisch unerfahrenen und unbedarften DVU-Parlamentarier nur Marionetten in der Hand von Gerhard Frey waren.

Die im September 1993 von der Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave ausgesprochene Weigerung, der DVU 132.778 Mark aus der Wahlkampfkostenerstattung auszuführen, wurde von der DVU 1994 gerichtlich angefochten. Bei dieser juristischen Auseinandersetzung ging es auch um die Frage, ob die Landtagspräsidentin das Recht hat, den Parteistatus der DVU und das Gebot der innerparteilichen Demokratie zur Grundlage ihrer Entscheidung zu machen. Die Landtagspräsidentin bezweifelte, daß die Vorstandswahlen des schleswig-holsteinischen DVU-Landesverbandes im Mai und November 1993 ordnungsgemäß abgelaufen seien. Ein ehemaliges Mitglied berichtete, die Einladungen für den Parteitag am 22. Mai 1993 seien erst am 18. Mai zur Post gebracht worden. Viele Mitglieder seien überhaupt

¹²⁰ Das Oberverwaltungsgericht Schleswig entschied, die DLVH-Fraktion habe nicht glaubhaft machen können, daß ihr durch die Kürzung schwerwiegende Nachteile entstünden. Das Parlament, 22./29.7.1994.

¹²¹ Hamburger Abendblatt, 3.5.1997. Vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 30.4.1998. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 15.6.1996.

¹²² Dithmarschener Landeszeitung, 16.11.1995. Flensburg Avis, 16.11.1995. Holsteinischer Courier, 8.6.1996. Kieler Nachrichten, 15.7.1996.

¹²³ Zitiert nach: Holsteinischer Courier, 8.6.1996.

¹²⁴ Zitiert nach: Holsteinischer Courier, 8.6.1996.

nicht eingeladen worden. Die Parteitage hätten unter konspirativen Bedingungen stattgefunden. Die Einladungsschreiben hätten nicht einmal den Tagungsort enthalten. Auf den Einladungen seien lediglich Treffpunkte genannt worden, von denen aus die Geladenen dann zum Veranstaltungsort fahren sollten. Zu den zwei Parteitagen seien nur 23 bzw. 24 Mitglieder erschienen, die kaum eine Stunde brauchten, um knapp 20 Mitglieder in Funktionen zu wählen. Die ausgezählten Stimmen seien nicht bekanntgegeben worden. Zur Beisitzerin sei eine Frau gewählt worden, die gleichzeitig in der Zählkommission die Stimmen auszählte. Auf beiden Parteitagen sei mit Hans Weidenbach ein Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und des Bremischen Landesverbandes der DVU zum schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden der DVU gewählt worden.¹²⁵ Die undurchsichtigen Organisations- und Führungsverhältnisse legen den Verdacht nahe, daß ein Teil der Mitglieder durch eine Gruppe von Mehrfachfunktionären bewußt von der innerparteilichen Willensbildung ausgeschlossen wurde.¹²⁶

Im April 1994 bestätigte das Amtsgericht Kiel jedoch den Anspruch der DVU auf Wahlkampfkostenvorauszahlungen. Es billigte dem Landtag nach dem Parteiengesetz nur eine formelle Prüfung der Zahlungsvoraussetzungen zu. Das Prüfungsrecht beschränke sich darauf, ob das angegebene Konto bestehe und ob der Antragsteller eine Vollmacht des Landesvorstandes nachweisen könne. Beide Bedingungen erfüllte die DVU. Nicht eingeschlossen sei hingegen das Recht, zu prüfen, ob die inneren Strukturen der geförderten Partei überhaupt den von Art. 21 Grundgesetz geforderten demokratischen Grundsätzen entsprächen und ob das Geld im Sinne des Parteiengesetzes verwendet worden sei. Die Landtagspräsidentin mahnte daraufhin eine Änderung des Parteiengesetzes an, damit verhindert werden könne, daß eine rechtsextreme Partei aus öffentlichen Mitteln finanziert werde. Zwischen den Regelungen zur Parteifinanzierung im Parteiengesetz und dem Verbot einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht klaffe eine Lücke.¹²⁷

¹²⁵ Süddeutsche Zeitung, 22.1.1994. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 26.5.1993. Kieler Nachrichten, 15.1.1994. Lübecker Nachrichten, 15.1.1994. Der Spiegel, 18.7.1994.

¹²⁶ Süddeutsche Zeitung, 7.7.1994. 30.4.1998.

¹²⁷ Holsteinischer Courier, 9.4.1994, 13.7.1994. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 6.7.1994. Süddeutsche Zeitung, 7.7.1994. Hamburger Abendblatt, 7.7.1994.

4.4 Die DVU im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Zerwürfnisse, Auflösungen und Neuformierungen

Wie in Bremen, war auch die Geschichte der DVU-Fraktion in Schleswig-Holstein durch Eifersüchteleien, Zerwürfnisse, Spaltungen und Neuformierungen gekennzeichnet. In Schleswig-Holstein löste sich die DVU-Fraktion bereits nach einem Jahr auf. Das Ende der Fraktion lag in erster Linie in Auseinandersetzungen zwischen der Münchener Parteizentrale und dem größten Teil der DVU-Abgeordneten um den Fraktionsvorsitzenden Ingo Stawitz begründet. Bereits am 22. März 1993 war der Fraktionsgeschäftsführer und Frey-Vertraute Sahling abgewählt worden. Stawitz vermutet, daß die Fraktion Frey dadurch zu selbständig und eigenmächtig geworden sei.¹²⁸

Der Auflösung der DVU-Fraktion am 26. Mai 1993 waren heftige gegenseitige Vorwürfe vorausgegangen. Wie fast immer im Zusammenhang mit der Person Freys dürften auch finanzielle Aspekte eine Rolle gespielt haben. So vermutete nicht nur der Abgeordnete Thienemann, daß Frey versucht habe, Profit aus der Fraktion zu schlagen: "Geld ist für den sein ein und alles - da haben wir nicht mitgespielt."¹²⁹ Der von Frey inthronisierte Fraktionsvorsitzende Stawitz warf dem DVU-Vorsitzenden vor, "an Geld und nicht an einer Politik für die deutsche Sache interessiert zu sein [...] Frey verdient es nicht, noch einmal das Vertrauen der Wähler zu bekommen."¹³⁰

Bereits im April 1993 hatte Frey die Kontroverse mit Stawitz an die Öffentlichkeit getragen, als er diesem in der von ihm herausgegebenen "Deutschen Wochen-Zeitung" Verrat an der DVU und ihrem Programm sowie darüber hinaus finanzielles Fehlverhalten vorwarf. Beschuldigt wurde Stawitz auch der "völlig unangebrachten Repräsentation": Zwei Fraktionssekretärinnen seien für ein weit überhöhtes Monatsgehalt "überwiegend im Privathaus" von Stawitz tätig. Unangemessen aufwendig eingerichtet seien auch die Fraktionsräume im Kieler Landeshaus.¹³¹ Auch Stawitz' Dienstwagen stieß in der Münchener DVU-Zentrale auf Mißfallen.¹³² Es kann vermutet werden, daß hinter diesen Vorwürfen auch die Unzufriedenheit von

¹²⁸ Vgl. Matthias Schmidt, a.a.O., S. 138.

¹²⁹ Zitiert nach: Kieler Nachrichten, 26.5.1993.

¹³⁰ Zitiert nach: Pinneberger Zeitung, 27.5.1993.

¹³¹ Kieler Nachrichten, 8.4.1993.

¹³² Süddeutsche Zeitung, 22.1.1994.

Gerhard Frey mit der Höhe der finanziellen Zuschüsse aus Kiel an die DVU-Parteikasse steckte.¹³³

Außerdem entrüstete sich der DVU-Bundesvorstand reichlich heuchlerisch, Äußerungen von Stawitz hätten die DVU in das Licht von Neonazismus und Rassismus gebracht.¹³⁴ Ein Parteiausschlußverfahren wurde eingeleitet. Während sich die übrigen Fraktionsmitglieder mit Stawitz solidarisierten, trat die Abgeordnete Renate Köhler auf Drängen von Gerhard Frey am 30. April 1993 aus der Fraktion aus.¹³⁵ Daß es sich nicht um ein inhaltliches Zerwürfnis, sondern um eine personelle und machtpolitische Auseinandersetzung handelte, machte eine Pressemitteilung der restlichen DVU-Parlamentarier deutlich, die Renate Köhler als eine "wirkliche Patriotin" bezeichneten und ihr die jederzeitige Rückkehr in die Fraktion eröffneten.¹³⁶

Am 26. Mai 1993 löste sich die DVU-Fraktion endgültig auf.¹³⁷ Ein Versuch der verbliebenen fünf Abgeordneten, geschlossen zu den Republikanern überzutreten, scheiterte, da diese – offenbar nach Rücksprache mit dem Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber – auf ihrem Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber "rechtsextremistischen Parteien und Organisationen", zu denen aus ihrer Sicht auch die DVU zählt, verwiesen.¹³⁸ Drei Abgeordnete, Ingo Stawitz, Ingo Schachtschneider und Karin Voss, schlossen sich daraufhin am 26. Mai 1993 der rechtsextremistischen Deutschen Liga für Volk und Heimat an, die damals Parteistatus besaß.¹³⁹ Helmut Werner Thienemann konnte sich nicht, Benvenuto Friese noch nicht zum Übertritt entschließen. Sie gehörten dem Landtag ebenso wie Renate Köhler, die einzige verbliebene DVU-Abgeordnete, als Fraktionslose an.

Da in Schleswig-Holstein vier Abgeordnete zur Bildung einer Fraktion erforderlich sind, verlor auch die bestehende Restgruppe der ehemaligen DVU-Abgeordneten, die sich der Deutschen Liga angeschlossen hatten, ihren

¹³³ Süddeutsche Zeitung, 22.1.1994. Vgl. detailliert oben Kapitel 4.3.

¹³⁴ Hamburger Abendblatt, 7.7.1994.

¹³⁵ Vgl. die Pressemitteilung der DVU-Fraktion vom 3.5.1993. Vgl. auch Flensburger Tageblatt, 4.5.1993. Lübecker Nachrichten 4.5.1993. Kieler Nachrichten 4.5.1993. Hamburger Abendblatt, 6.5.1993.

¹³⁶ Pressemitteilung der DVU-Fraktion vom 3.5.1992.

¹³⁷ Vgl. die Pressemitteilung des Landtags von Schleswig-Holstein vom 26.5.1993.

¹³⁸ Flensburger Tageblatt, 26.5.1993. Holsteinischer Courier, 26.5.1993. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 26.5.1993.

¹³⁹ Die Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) wurde 1991 von Harald Neubauer, früherer Generalsekretär der REP, gegründet. 1996 gab die rund 700 Mitglieder starke Organisation ihren Parteistatus auf. Der frühere Vorsitzende der DVU-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein, Ingo Stawitz, ist einer von drei DLVH-Vorsitzenden. Vgl. Verfassungsschutzbericht 1997 (Presseexemplar), S. 109.

Fraktionsstatus. Hiermit sind erhebliche finanzielle Mittel, Fraktionsräume im Landtag sowie umfassende Rede-, Antrags- und Vertretungsrechte in der Parlamentsarbeit verbunden. Zweckgebunden für die Fraktionsarbeit in Schleswig-Holstein hätten der DVU – auf Jahresbasis gerechnet – insgesamt 1,15 Millionen DM zur Verfügung gestanden.¹⁴⁰ Die drei Abgeordneten der Deutschen Liga stellten daher den Antrag auf Zulassung als parlamentarische Gruppe.¹⁴¹ Einen solchen Gruppenstatus sieht die Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags jedoch nicht vor. Im Oktober 1993 gelang es den drei Parlamentariern der Deutschen Liga, den parteilosen Benvenuto Friese zum Übertritt zu bewegen. Die Fraktion der DLVH konstituierte sich am 26. Oktober 1993.¹⁴² Vor dem Hintergrund der bizarren Streitigkeiten zwischen den rechtsextremen Abgeordneten drängt sich der Verdacht auf, daß auch hier finanzielle Überlegungen den Ausschlag gaben.

Der Dauerstreit der früheren DVU-Parlamentarier ging weiter, als Benvenuto Friese im Juli 1995 als parlamentarischer Geschäftsführer zurücktrat und die DLVH verließ, um sich wieder der DVU anzuschließen.¹⁴³ Auch Helmut Thienemann, der der DVU-Fraktion 1993 im Streit mit Gerhard Frey den Rücken gekehrt hatte, trat der DVU wieder bei. Damit standen sich bis zum Ende der Legislaturperiode 1996 drei DLVH-Abgeordnete und drei DVU-Abgeordnete gegenüber. Keines der beiden Trios erreichte Fraktionsstatus, für den vier Parlamentarier erforderlich gewesen wären.¹⁴⁴

¹⁴⁰ Kieler Nachrichten, 13.8.1992.

¹⁴¹ Holsteinischer Courier, 30.6.1993. Kieler Nachrichten, 30.6.1993. Flensburger Tageblatt, 6.7.1993.

¹⁴² Kieler Nachrichten, 28.10.1993.

¹⁴³ Der Austritt Frieses aus der DLVH wurde als medienwirksames Spektakel inszeniert. Am 7. Juli 1995 hatte Friese zunächst seinen Austritt aus der DLVH-Fraktion erklärt. Diesen hatte er dann am 25.7.1995 widerrufen, um einen Tag später mitzuteilen, daß die Meldungen über seine Rückkehr zur DLVH falsch seien; er sei seit dem 7.7.1995 unverändert DVU-Mitglied. Vgl. die Pressemitteilung des Landtags von Schleswig-Holstein vom 27.7.1995. Kieler Nachrichten, 6.9.1995.

¹⁴⁴ Kieler Nachrichten, 1.8.1995. Hamburger Abendblatt, 1.8.1995. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 1.8.1995. Holsteinischer Courier, 11.7.1995.

5 Die DVU in Sachsen-Anhalt

5.1 Erscheinungsbild und Wahlkampf der DVU

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zog die DVU am 26. April 1998 mit 12,9 Prozent der Stimmen erstmals in ein ostdeutsches Landesparlament ein. Die DVU stellt im Landtag 16 von 116 Abgeordneten. Im Wahlkampf war die DVU, die in Sachsen-Anhalt bislang über keine erkennbaren Parteistrukturen verfügt und nach Schätzungen nicht einmal 100 Mitglieder hat,¹⁴⁵ wie zuvor in Bremen und Schleswig-Holstein, praktisch nicht präsent. Sie verteilte ihre Wahlwerbung mit Hilfe von Daten des Melderegisters als Postwurfsendungen an die Bürger. Bereits zur Bürgerschaftswahl vom September 1997 in Hamburg hatte die DVU massiv Werbung per Post betrieben.¹⁴⁶ Im Wahlkampf zog wieder DVU-Chef Frey die Fäden. Diese Praxis wird von einem ehemaligen Mitarbeiter des Presseverlages von Gerhard Frey bestätigt: “Ob für Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg oder Schleswig-Holstein: Der Wahlkampf wurde zentral in München organisiert.”¹⁴⁷

Die DVU macht sich für ihre Wahlkämpfe und Sympathisantenmobilisierung auch die elektronischen Kommunikationstechniken zunutze. Seit September 1997 ist sie mit einer eigenen Domain (Adresse) im Internet vertreten. Darüber hinaus betätigt sie sich als Provider.¹⁴⁸ Neben Agitation und Propaganda finden sich hier Hinweise auf DVU-Veranstaltungen wie z.B. örtliche Stammtische. Zudem wird auf die Möglichkeit der anonymen Teilnahme am E-Mail-Verkehr hingewiesen. Auch der DSZ-Verlag, der 1968 aus der von Gerhard Frey gegründeten “Deutschen Soldaten-Zeitungs-Verlag GmbH” hervorging, verfügt über eine Domain. Alleiniger Gesellschafter des Verlages, in dem die DNZ und die DWZ/DA erscheinen, ist Frey. Auf der Internetseite sind die aktuellen Themen der neuesten DNZ- und DWZ/DA-Ausgabe ebenso abrufbar wie Neuerscheinungen im “Freiheitlichen Buch-

¹⁴⁵ Vgl. Eckhard Jesse: Nach Magdeburg und vor Bonn, in: Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, H. 370, Juni 1998, S. 31. Nach eigenen Angaben hat die DVU in Sachsen-Anhalt rund 1.150 Mitglieder. Es wird vermutet, daß Abonnenten von Freys Zeitungen als Mitglieder ausgegeben werden. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 3.5.1998.

¹⁴⁶ dpa, 26.9.1997.

¹⁴⁷ Interview mit Jörg Fischer, in: Die Tageszeitung, 8.6.1998.

¹⁴⁸ Dabei handelt es sich um gegen Gebühr tätige kommerzielle Unternehmen, die den Zugang in das Internet vergeben und ggf. auch Rechnerkapazitäten für User und Informationsanbieter bereitstellen. Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Extremistische Bestrebungen im Internet, Köln, März 1998, S. 35.

und Zeitschriftenverlag GmbH" (FZ). Auch Pressemitteilungen der DVU sind direkt abrufbar.¹⁴⁹

Agitation und Hetze gegen Ausländer und Asylbewerber, aber auch diffamierende Angriffe auf die anderen Parteien standen im Mittelpunkt der aggressiven rechtsextremistischen Wahlkampagne, die, neben dem postalischen Weg, auf Plakaten und mit Hilfe eines Spruchband-schleppenden Flugzeuges ("DVU - Diesmal Protest") verbreitet wurde.¹⁵⁰ Auf eigene inhaltliche Aussagen verzichtete die DVU völlig. In ihrem auf einem erschreckend niedrigen Niveau geführten, destruktiv und antipolitisch anmutenden Wahlkampf dominierten primitive Slogans und Schmähungen: "Faulenzer und Kriminelle, die abkassieren wollen, kommen zu uns nach Deutschland. Asylbetrüger, die daheim nicht verfolgt werden, 'Bürgerkriegsflüchtlinge', in deren Heimat der Krieg längst aus ist, liegen uns auf der Tasche."¹⁵¹

Ein speziell für junge Wähler bestimmter Aufkleber mit dem für die DVU typischen Unten-Oben-Bild forderte "Lass' Dich nicht zur Sau machen!" wandte sich "gegen Schweinereien von oben". Die DVU entdeckt immer mehr "korrupte Politiker", "Asylbetrüger", "Kriminelle", "Diätenfresser", "EU-Bonzen" und "Ausländische Banditen". Auf einem anderen Werbeplakat wurde die DVU dann deutlicher, wie sie mit den genannten Gruppen zu verfahren gedenke: "Korrupte Politiker...gehören hinter Gitter, nicht in die Regierung!" Oder: "Diätenfresser...auf Diät setzen!" "EU-Bonzen...nicht mehr mit deutschen Milliarden mästen! Ohne Gegenleistung läuft nichts!" Die DVU warf den anderen Parteien im Frühjahr 1998 im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt vor, "mit langen Fingern tief in die Steuerkasse [zu] greifen (Diäten usw.)". Diese Agitation ist blanker Hohn, wenn man sich das Finanzgebaren der DVU in Bremen und Schleswig-Holstein vor Augen führt.¹⁵²

Slogans auf DVU-Wahlplakaten forderten ferner "Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze!" und "Weniger Geld ins Ausland - mehr Geld für Sachsen-Anhalt!".¹⁵³ Vor allem auf die Ost-Erweiterung der EU schoß sich die DVU ein: "Wir Deutsche zahlen – andere kassieren ab. Wenn erst Polen in der EU ist (CDU-Kohl ist dafür, SPD-Lafontaine auch) – dann wird's noch viel schlimmer."

¹⁴⁹ Vgl. ebd.

¹⁵⁰ dpa, 4.5.1998.

¹⁵¹ Alle nicht näher belegten Zitate stammen aus den Original-Wahlkampfmaterialien der DVU.

¹⁵² Vgl. Kapitel 3.3 und 4.3.

¹⁵³ Nach: ARD-Brennpunkt, 27.4.1998.

Der DVU-Wahlkampf war mit rund drei Millionen Mark teurer als der von CDU und SPD zusammen. Für ihren Zweitstimmenanteil von 12,9 Prozent erhält die DVU in den nächsten vier Jahren im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien insgesamt mehr als 760.000 Mark.¹⁵⁴

Bereits wenige Tage nach der Wahl legte der Abgeordnete Eberhard Lehnert sein Mandat nieder. Neben gesundheitlichen Problemen führte er an, er habe erst nach der Wahl aus den Medien erfahren, mit wem er in der DVU-Fraktion zusammenarbeiten solle. Er habe die Abgeordneten nur einmal in München (sic !) bei der Aufstellung der Landesliste getroffen und danach keinen Kontakt mehr zu ihnen gehabt.¹⁵⁵ Andere DVU-Parlamentarier machten unmittelbar nach der Wahl mit skurrilen und völlig unbedarften Äußerungen auf sich aufmerksam. Der Alterspräsident des Sachsen-Anhaltinischen Landtags, Rudolf Wiechmann, forderte seine Wähler in einem Fernsehinterview auf, keine Autos von VW oder Audi zu kaufen: "Audi und VW bauen ein Motorenwerk in Ungarn. Also sollen sie ihre Autos auch in Ungarn verkaufen."¹⁵⁶ Außerdem sagte Wiechmann: "Multikulturell heißt für mich multikriminell."¹⁵⁷ Der 19jährige Mirko Mokry verlangt die Einstellung der Finanzhilfen des Bundes zum Aufbau Ost: "Ich fordere, daß keine weiteren Zahlungen aus dem Westen erfolgen, sondern daß wir selbständig hier etwas aufbauen können, durch das Geld, das wir hier erwirtschaften."¹⁵⁸

In der konstituierenden Sitzung des Landtags am 25. Mai 1998 wurde deutlich, daß die DVU nicht bereit und in der Lage ist, die in Bremen und Schleswig-Holstein eingeschlagene Linie zu verlassen und auf Schmähungen und Verunglimpfungen von Repräsentanten anderer Parteien zu verzichten. Der Fraktionsvorsitzende der DVU griff die anderen Parteien bereits bei seinem ersten parlamentarischen Auftritt im Stil der Wahlkampfaußagen der DVU an. Selbst vor Drohungen mit dem Volkszorn gegen deren Repräsentanten schreckte er nicht zurück. "Wer den Bonner Euro-Wahn gegen den Willen von 70 % des Volkes toleriert und unterstützt und auch sonst den Volkswillen mit Füßen tritt, muß den Volkszorn in Empfang nehmen. [...] Es sei denn, die sogenannten Demokraten schaffen auch noch die Wahlen ab. [...] Die bloße Existenz einer neuen demokratischen Kraft im Parlament läßt Ihnen zwei Wege offen. [...] Entweder werden Sie die Anweisungen des Volkes als Diener dieses Volkes ausführen, oder Sie werden sich vor den Toren des Parlaments wiederfinden. [...] Sie haben sich

¹⁵⁴ dpa, 27.4.1998. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.1998.

¹⁵⁵ Express, 13.5.1998. Bild am Sonntag, 3.5.1998. dpa, 1.5.1998. Focus, 4.5.1998.

¹⁵⁶ Zitiert nach: dpa, 1.5.1998.

¹⁵⁷ Zitiert nach: Stern, 7.5.1998.

¹⁵⁸ Zitiert nach: dpa, 1.5.1998.

im Labyrinth aus Ideologie, Euro-Wahn und Multikulti völlig verfranst. [...] Die DVU wird die Rückkehr zur Demokratie, der Herrschaft des Volkes – deshalb Volksunion – erzwingen [...]. Ständig werden wir Sie zwingen zu erklären, was Sie für die Landsleute getan haben, gegen die Massenarbeitslosigkeit. Wir werden Sie bei jeder Sitzung fragen, und wenn es sein muß, nachts per Telefon, damit Sie sich etwas bewegen.”¹⁵⁹

5.2 Die Fraktion der DVU¹⁶⁰

Wie zuvor in Bremen und Schleswig-Holstein sind die sachsen-anhaltinischen Landtagsabgeordneten politisch bislang kaum in Erscheinung getreten. Auch nach ihrer Wahl hielten sie sich mit öffentlichen Meinungsäußerungen weitgehend zurück. In den Fraktionsräumen agieren sie bislang abgeschirmt von einem privaten Sicherheitsdienst.¹⁶¹ Die wenigen öffentlichen Stellungnahmen gibt meist der Fraktionsvorsitzende Harald Wolf ab. Trotz der betonten Zurückhaltung, die zum Teil mit der Furcht vor Übergriffen begründet wird, läßt sich bereits ein erstes Profil der Fraktion zeichnen.

Fraktionsvorsitzender:

- Wolf, Helmut, 49, Sandersdorf, Diplom-Ingenieur. Das Amtsgericht Bitterfeld erließ im Oktober 1995 einen Strafbefehl gegen Wolf, weil dieser seine Frau mit einer Pistole bedroht habe. Die Waffe, eine Gaspistole, wurde eingezogen.¹⁶² Außerdem wird Wolf vorgeworfen, seine Frau mißhandelt zu haben.¹⁶³ Wolf soll ferner im März 1997 auf dem Parkplatz eines Supermarktes in Wolfen ein neunjähriges Mädchen verprügelt haben.¹⁶⁴ Gegen Wolf läuft zudem ein Zwangsvollstreckungsverfahren des

¹⁵⁹ Harald Wolf im Landtag von Sachsen-Anhalt, 25.5.1998.

¹⁶⁰ Vgl. zum folgenden: Leipziger Volkszeitung, 19.5.1998. Express, 13.5.1998. Stern, 7.5.1998. Die Welt, 5.5.1998. Der Spiegel, 4.5.1998. Focus, 4.5.1998. Bild am Sonntag, 3.5.1998. dpa, 1.5.1998, 4.5.1998. Volksstimme, 29.4.1998. Bild, 29.4.1998. Die Tageszeitung, 29.4.1998, 4.5.1998. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Wahl des Landtages von Sachsen-Anhalt: Auf den Landeswahlvorschlägen gewählte Abgeordnete. ARD Brennpunkt, 27.4.1998. ARD Panorama, 30.4.1998. DVU: Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand: 9.12.1997.

¹⁶¹ Sächsische Zeitung, 22.5.1998. Mitteldeutsche Zeitung, 26.5.1998, 28.5.1998. Volksstimme, 30.5.1998.

¹⁶² Die Tageszeitung, 4.5.1998. Bild am Sonntag, 3.5.1998.

¹⁶³ Der Spiegel, 4.5.1998. Die Tageszeitung, 4.5.1998.

¹⁶⁴ Stern, 7.5.1998. Bild am Sonntag, 3.5.1998.

Amtsgerichts Bitterfeld, bei dem es um einen Unterhaltsanspruch der früheren Ehefrau Wolfs geht.¹⁶⁵

stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

- Kannegießer, Dieter, 61, Halle, Kaufmann, Rentner, Beisitzer im Landesvorstand der DVU Sachsen-Anhalt.
- Brandt, Veronika, 41, Körbelitz, Wirtschaftskauffrau, Beisitzerin im Landesvorstand der DVU Sachsen-Anhalt.

weitere Fraktionsmitglieder:

- Buder, Wolfgang, Stendal, Baufacharbeiter.
- Büchner, Jörg, 56, Halle, Oberkellner und Buffetleiter, Beisitzer im Landesvorstand der DVU Sachsen-Anhalt. Büchner soll von 1966 bis 1980 als Inoffizieller Mitarbeiter für den Staatssicherheitsdienst der DDR gearbeitet haben.¹⁶⁶
- Czaja, Rudi, Wolfen, Stellwerker.
- Helmecke, Kerstin, 38, Magdeburg, Fleischverkäuferin.
- Kolde, Werner, 51, Drübeck, Dreher, arbeitslos, Beisitzer im Landesvorstand der DVU Sachsen-Anhalt.
- Mertens, Horst, 57, Schopisdorf, Arbeiter, ABM-Kraft für Ortspflege, stellvertretender Landesvorsitzender der DVU Sachsen-Anhalt.
- Miksch, Torsten, 33, Merseburg, Zimmermann, Miksch rückte nach dem Mandatsverzicht von Eberhard Lehnert, 42, ins Parlament nach.¹⁶⁷ Gegen Miksch laufen kriminalpolizeiliche Ermittlungen wegen Tierquälerei.¹⁶⁸
- Mokry, Mirko, 19, Nachterstedt, Lokführer-Auszubildender, Mokry beschmierte im Alter von 17 Jahren mit Gleichgesinnten ein Denkmal mit rechtsextremen Parolen und Hakenkreuzen.¹⁶⁹ Nach Presseinformationen wurde gegen ihn außerdem wegen des Tragens verfassungsfeindlicher

¹⁶⁵ Mitteldeutsche Zeitung, 30.5.1998.

¹⁶⁶ Bild am Sonntag, 3.5.1998. Der Spiegel, 4.5.1998.

¹⁶⁷ dpa, 15.5.1998.

¹⁶⁸ Bild am Sonntag, 3.5.1998. Die Tageszeitung, 4.5.1998.

¹⁶⁹ Der Spiegel, 4.5.1998.

Symbole und wegen Körperverletzung ermittelt.¹⁷⁰ Mokry ist nach Angaben seiner Mutter über ein Werbeschreiben zur DVU gekommen.¹⁷¹ Seinen eigenen politischen Gestaltungsspielraum als gewählter Abgeordneter schätzt er eher gering ein: “Jeder von uns kriegt [...] einen Schreiberling [...], so einen Sekretär aus München gestellt. Der weiß über alles Bescheid.”¹⁷²

- Montag, Horst, 54, Magdeburg, Getränkeverkäufer, Fahrlehrer. Gegen Montag liegen nach dem Konkurs seiner Fahrschule mehrere Anzeigen wegen Betrugs vor.¹⁷³
- Preiss, Gunther, Stendal, Elektromonteur, Beisitzer im Landesvorstand der DVU Sachsen-Anhalt.
- Weich, Claus-Dieter, 48, Magdeburg, Stahlbauschlosser, DVU-Kreisvorsitzender in Magdeburg, Beisitzer im Landesvorstand der DVU Sachsen-Anhalt.
- Wiechmann, Claudia, 43, Kakau, bis März 1998 Inhaberin eines Blumengeschäfts, Beisitzerin im Landesvorstand der DVU Sachsen-Anhalt.
- Wiechmann, Rudolf, 69, Oranienbaum. Wiechmann wußte nach eigenen Angaben nicht, daß er auf der DVU-Liste stand.¹⁷⁴ Alterspräsident des Landtags von Sachsen-Anhalt.

¹⁷⁰ Bild am Sonntag, 3.5.1998.

¹⁷¹ Die Welt, 5.5.1998.

¹⁷² Zitiert nach: Stern, 7.5.1998.

¹⁷³ Bild am Sonntag, 3.5.1998. Die Tageszeitung, 4.5.1998.

¹⁷⁴ “Ich wußte gar nicht, daß ich auf der Liste stand”. Zitiert nach: Die Tageszeitung, 29.4.1998.

6 Schlußbetrachtung

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stand die Frage nach dem Verhalten der DVU in der parlamentarischen Praxis in Bremen und Schleswig-Holstein in den Jahren 1987 bis 1996. Zudem sollten die Entwicklung, Programmatik und Struktur der Partei kurz dargestellt werden.

Im Zentrum der DVU-Programmatik sowie der Agitation und Propaganda der Partei stehen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, ein dumpfer, völkischer Nationalismus und Geschichtsrevisionismus. Die DVU schürt Ressentiments gegen Ausländer und Juden und diffamiert den demokratischen Rechtsstaat.

Die DVU ist eine "Phantompartei", eine "Nichtpartei-Partei"¹⁷⁵, eine Partei quasi in Privatbesitz.¹⁷⁶ Sie hat kein innerparteiliches Leben,¹⁷⁷ sondern agiert, von ihrem Vorsitzenden Gerhard Frey zentral gesteuert, im Verborgenen. Funktionierende Parteistrukturen, ein auch nur einigermaßen stabiles organisatorisches Fundament gibt es ebensowenig wie konkrete Politikangebote und Lösungsvorschläge zu drängenden politischen Fragen. Eine politische Sachkompetenz ist nicht einmal ansatzweise erkennbar. Legt man an die DVU die Maßstäbe der Parteientheorie und des Parteiengesetzes an, fällt es schwer, in ihr überhaupt eine Partei zu sehen.

Die meisten DVU-Parlamentarier haben einen regulären sozialen und beruflichen Hintergrund. Politisch sind sie vor ihrem DVU-Engagement kaum in Erscheinung getreten. Jede Fraktion verfügte über ein bis zwei Wortführer, die meisten Parlamentarier können nur als Mitläufer angesehen werden.

Die Fraktionen waren mehr mit sich selbst als mit der inhaltlichen politischen Arbeit beschäftigt. Die rechtsextremen Abgeordneten waren zu einer geregelten Fraktionsarbeit nicht in der Lage. Hierfür ist das Auseinanderbrechen aller DVU-Fraktionen ein besonders deutliches Indiz. Politisch in den meisten Fällen völlig unbedarft, versteiften sie sich auf einige wenige Themen und rechtsextreme Inhalte, deren Formulierung häufig aus München vorgegeben war. Gegenseitige Vorwürfe, persönliche Differenzen, ein haßerfülltes Klima, Vernichtungskämpfe mit harten Bandagen sowie eine

¹⁷⁵ Vgl. Eckhard Jesse, a.a.O., S. 30 f.

¹⁷⁶ Ein ehemaliger Mitarbeiter Freys führte hierzu aus: "Frey behandelt die Partei wie eine Untergliederung seines Unternehmens, eine personale Trennung von Verlag, sonstigen Geschäftsaktivitäten und Partei gibt es nicht. Er ist nicht nur der Vorsitzende der DVU, sondern ihr Besitzer." Interview mit Jörg Fischer, in: Die Tageszeitung, 8.6.1998.

¹⁷⁷ So gab die DVU 1993 laut Rechenschaftsbericht nicht eine Mark für innerparteiliche Gremienarbeit und Information aus. Kieler Nachrichten, 21.3.1996.

mit allen juristischen Mitteln ausgefochtene Ämterkonkurrenz standen im Vordergrund und brachten die DVU immer wieder in die Schlagzeilen. Finanzielle Unregelmäßigkeiten und Mißbrauch öffentlicher Gelder waren an der Tagesordnung. Der Niedergang der DVU-Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein hat deutlich gemacht, daß sich der Wähler nicht einmal auf ein Minimum an organisatorischer Stabilität und Kontinuität verlassen kann. Die Parteizugehörigkeit wird, wie im Fall des schleswig-holsteinischen DVU-Abgeordneten Benvenuto Friese, aus opportunistischen Gründen in beliebiger Folge ausgetauscht.

Häufig warfen sich die DVU-Reste und die Bundespartei auf der einen Seite sowie die Spaltungsprodukte auf der anderen Seite gegenseitig rechtsextremistische Verhaltensweisen und Positionen vor. Aufgrund mangelnder gewachsener Parteibindungen schlagen solche Zerwürfnisse – im Unterschied zu den anderen Parteien – häufig in Überreaktionen um: Die Betroffenen verlassen die Partei und Fraktion und werden zu erbitterten Gegnern ihrer früheren Parteifreunde.

Kennzeichnend für das borniert-verengte Politikverständnis der DVU ist die Fixierung auf das Ausländer- und Asylthema, die Relativierung der deutschen Kriegsschuld und der Verbrechen der Nationalsozialisten, Korrekturen der völkerrechtlich gültigen Grenzen der Bundesrepublik sowie eine Stärkung des Nationalbewußtseins in Deutschland. Die DVU ist eine “Ein-Thema-Partei”, die immer nach dem gleichen einfachen Strickmuster alle politischen Fragen – unterschwellig oder auch offen polemisch – mit der Ausländer- und Asylproblematik oder der nationalen Frage verbindet. Die Patentlösung von der Wirtschafts- über die Sozialpolitik bis hin zur Umweltpolitik ist die Abschottung Deutschlands gegen Ausländer. Ton und Umgangsstil lassen eine tiefsitzende Intoleranz erkennen. Die DVU stellte sich in den Parlamenten als eine eindeutig rechtsextremistische Partei dar.

In beiden parlamentarischen Vertretungen manövrierten sich die DVU-Abgeordneten so selbst ins politische Abseits. Aufgrund ihrer Politikunfähigkeit, ihrer fachlichen Inkompetenz sowie ihrer rhetorischen Ausfälle wurden sie weder von den anderen Fraktionen noch von den Medien politisch ernst genommen. Während sie in der laufenden Ausschubarbeit häufig durch Abwesenheit glänzten oder schwiegen, nutzten sie das Plenum hauptsächlich für propagandistische “Fensterreden”, mißbrauchten das Parlament für blanke Parteipropaganda.

Die mangelnde Bereitschaft der DVU, am parlamentarischen Geschehen teilzunehmen – so die häufige Weigerung, Zwischenfragen zu beantworten,

oder die Unfähigkeit, Anträge inhaltlich zu begründen – deutet darauf hin, daß die Parlamentarier fachlich völlig überfordert waren und – zudem häufig stotternd – lediglich vorbereitete Statements ablasen. Durch ständige beleidigende Angriffe auf Vertreter der anderen Parteien entlarvten sich die DVU-Abgeordneten als völlig unseriös. Beide Fraktionen blieben ein Fremdkörper im Parlamentsbetrieb.

Gemessen an den selbstgestellten Ansprüchen, ist die Bilanz nach rund zehn Jahren Parlamentsarbeit der DVU mehr als ernüchternd. Die Fraktionen konnten ihre eigenen Versprechungen zu keinem Zeitpunkt einlösen. Anspruch und politische Wirklichkeit klappten in Bremen und Schleswig-Holstein diametral auseinander. Beide Fraktionen sind schon bald nach heftigen internen Streitigkeiten über Führung und Finanzen auseinandergebrochen. Dafür war nicht zuletzt der autoritäre Führungsstil von Gerhard Frey verantwortlich, der die DVU-Abgeordneten zu willenslosen Marionetten degradierte und ihnen keinen politischen Spielraum ließ. Manche Parlamentarier wußten nicht einmal, daß sie auf der Landesliste der Partei nominiert waren.

Flugblätter ersetzen keine kontinuierliche Partei- und Öffentlichkeitsarbeit. Ein Parteileben existiert bei der DVU so gut wie gar nicht. Die Partei ist nicht in der Gesellschaft verwurzelt. Sie ist nahezu anonym. Zwischen Partei und Wählern gibt es jenseits der Internet-Homepage kaum Kontakt- und Dialogangebote, geschweige denn Diskussionsmöglichkeiten. Der Wähler findet außer der zentralen Figur des Gerhard Frey keine personelle Kontinuität vor. Alle parlamentarischen Repräsentanten sind austauschbar.

Vor dem Hintergrund dieser eindeutigen Erfahrungen ist daher nicht zu erwarten, daß sich die Verhältnisse in Sachsen-Anhalt wesentlich anders entwickeln werden als in Bremen und Schleswig-Holstein.

Die Autoren

Dr. Jürgen Hoffmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Norbert Lepszy ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an den Universitäten Köln und Münster sowie freier Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung.